

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60, Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291.

Sonntag, den 13. Dezember 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 11. Dezember 1902.

24. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf v. Posadowsky, Frhr. v. Tschelmann, Frhr. v. Richthofen.

Die zweite Berathung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt mit dem Antrag v. Kardorff. Von der freisinnigen Vereinigung und der freisinnigen Volkspartei liegen eine große Anzahl Abänderungsanträge vor.

Bassermann (N.): Namens der Antragsteller des Antrags Kardorff beantrage ich Annahme dieses Antrags und Ablehnung der dazu gestellten Abänderungsanträge. Der Antrag Kardorff ist ein Theil des Kompromisses, das zu Stande gekommen ist in der Erwägung, daß die Annahme des Zolltarifs im vaterländischen Interesse liegt. Das Kompromiß ist zu Stande gekommen unter dem Druck des Ansturms der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung. Was den Inhalt des Kompromisses anlangt, so sollen die Minimalzölle für Roggen, Weizen und Hafer entsprechend den Sätzen der Regierungsvorlage normirt werden. Bei der Gerste soll eine Differenzierung eintreten, nach der die Futtergerste aus dem Minimaltarif überhaupt verschwindet, und der Minimalzoll für Braugerste von 3 auf 4 Mk. erhöht wird. Der autonome Tarif soll entsprechend den Kommissionsbeschlüssen angenommen werden, mit Ausnahme der im Antrag Kardorff aufgeführten Eisenzölle. Der Verzicht auf die Regierungsvorlage fällt manchem meiner politischen Freunde schwer, da die Normirung der einzelnen Zollsätze nicht in jedem Theile jedem Einzelnen behagt. Der Verzicht wird uns aber erleichtert dadurch, daß es sich hier um einen autonomen Tarif handelt, der noch der endgültigen Normirung durch Handelsverträge unterliegt. Wir haben zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen, daß bei den kommenden Handelsverträgen die wichtigsten Interessen der Industrie und der Landwirtschaft gewahrt werden. Bei den landwirtschaftlichen Zöllen hegen wir die Erwartung, daß auch bei den Positionen, welche nicht durch den Minimaltarif gebunden sind, insbesondere bei den Viehzöllen, der Schutz der deutschen Landwirtschaft im Auge behalten wird. Wir hoffen ferner, daß bei der Handhabung der Seuchenpolizei nach wie vor diejenigen Maßregeln bestehen bleiben, die notwendig sind, um eine Verheerung des deutschen Viehstandes zu verhindern. In Bezug auf die Industriezölle erwarten wir, daß Rücksicht genommen wird auf die für die Industrie unentbehrlichen Roh- und Hilfsstoffe. Ich würde dem Herrn Reichskanzler dankbar sein, wenn er über die von mir abgegebenen Punkte eine Erklärung abgeben würde. Mit der Annahme des Antrags Kardorff ist das Zustandekommen des Zolltarifs gesichert. Wir freuen uns dieses Resultats, wir freuen uns, daß eine Aufgabe von hoher Bedeutung ihrer Lösung entgegengeführt wird. (Lachen bei den Soz.) Beenden Sie mit der Annahme des Antrags Kardorff den jahrelangen Kampf um den Zolltarif, Sie handeln damit im Interesse unserer gesamten Bevölkerung. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit, Zischen b. d. Opposition.)

Reichskanzler Graf Bülow: Dem Wunsche des Herrn Bassermann komme ich gern nach. Was zunächst die Herabsetzung einer Reihe von Industriezöllen angeht, so möchte ich allgemein darauf hinweisen, daß es sich in der Zolltarifvorlage um einen autonomen Tarif handelt, der bei Handelsvertragsunterhandlungen als Grundlage dienen soll. Die Zollsätze können deshalb nicht von entscheidender Bedeutung für die verbündeten Regierungen sein; immerhin muß Werth darauf gelegt werden, daß die im Tarif zu Kompensationszwecken enthaltenen Positionen keine zu weit gehende Abschwächung erfahren. Als erwünscht kann ich deshalb die im Antrag Kardorff vorgesehenen Ermäßigungen von autonomen Zollätzen nicht bezeichnen. Wenn aber das Haus eine solche Ermäßigung beschließen sollte, werden die verbündeten Regierungen einen solchen Vorschlag in wohlwollender Erwägung ziehen. (Beifall b. d. Mehrheit, Lachen links.) Ferner sind die verbündeten Regierungen fest entschlossen, beim Abschluß von Handelsverträgen unserer heimischen Industrie einen Zollschutz zu sichern, welcher eine gedeihliche Fortentwicklung gewährleistet. Die verbündeten Regierungen werden auch keine Bestimmung in einem Handelsvertrag aufnehmen, welche sie verhindern würde, alle diejenigen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zu treffen, um unsere heimische Viehzucht gegen die Gefahr der Einschleppung von Viehkrankheiten aus dem Auslande wirksam zu schützen. (Beifall bei der Mehrheit, Bewegung und Lachen links.)

Präsident Graf Ballestrem theilt mit, daß von den Abgg. Albrecht und Gen. zwei umfangreiche Amendements zum Antrag Kardorff bezw. zum Tarif eingebracht seien. (Die Verlesung dieser Amendements durch zwei Schriftführer nimmt 70 Minuten in Anspruch.)

Die Amendements fordern Zollfreiheit für alle Lebensmittel, für die Industriezölle, die jetzigen Handelsvertragsätze, und nehmen alle konservativen Anträge auf, soweit sie noch niedrigere Industriezölle als die jetzigen Vertragsätze enthalten.

Präsident Graf Ballestrem: Wenn wir warten wollten, bis diese umfangreichen Amendements im Druck vorliegen,

so würde die Drucklegung in der Reichstagsdruckerei 30 Stunden in Anspruch nehmen. Die Manuskripte müssen aber bei mir bleiben, da ich sie nur in einem Exemplar habe. Die Amendements stehen mit zur Diskussion.

Bebel (Soz.): Es ist fraglich, ob die Scene, die wir heute hier erleben haben, in einer würdigen Weise arrangirt worden ist. 5 Tage lang haben wir über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff debattirt. Auch die Mehrheit hat sich an dieser Debatte betheiligert und damit bewiesen, daß die Gründe der Linken keineswegs völlig von der Hand zu weisen waren. Man mußte nun erwarten, daß der Antrag auch eine wirkliche sachliche Begründung erfahren würde. Wer die Rede des Herrn Bassermann dafür hält, den würde ich bedauern. Wenn je der Parlamentarismus verhöhnt worden ist, so durch die Behandlung des Antrags Kardorff durch Herrn Bassermann. (Zustimmung b. d. Opposition.) Dieser für das ganze Volk so wichtige Antrag wird mit einer Geringschätzung abgethan, wie es in keinem Parlament der Welt möglich wäre. Der Reichskanzler hat dann ganze 4 1/2 Minuten gesprochen. Er glaubte wohl, die beschränkte Redezeit gelte für seine Reden. (Heiterkeit b. d. Opposition.) Etwas Sachliches, Positives über den Antrag Kardorff, der in den nächsten Tagen Gesetz wird, hat das deutsche Volk nicht erfahren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als wir früher darauf hinwiesen, daß man den Zolltarif doch nicht gemäßigter als ein Anhängel in den Antrag Kardorff hineinschieben könne, verhielt sich Herr Bassermann eine sachliche Spezialberathung. Heute geht die Mittheilung durch das Haus, die Mehrheit beabsichtigt, den Antrag Kardorff an einem Tage zu erledigen. Auch das dient dazu, den Parlamentarismus in den Augen der Welt und des deutschen Volkes zu diskreditieren. (Lebh. Zustimmung links.) Und zwar geschieht dies von der Mehrheit. Von besonderem Interesse war es mir, daß Herr Bassermann den Antrag Kardorff begründete, derselbe Herr Bassermann, der auf dem Parteitag seiner Partei in Eisenach gesagt hat, die Mehrheit des Reichstages sei reaktionär bis auf die Knochen. (Hört, hört! links.) Heute sieht Herr Bassermann an der Spitze dieser Mehrheit und rechtfertigt ein Verfahren, so unerhört, so reaktionär, so gewalthätig, wie es in den 32 Jahren des Bestehens des Deutschen Reichstages noch nicht eine Minute in die Erscheinung getreten ist. (Lebh. Beifall links.) Die Beschlüsse der Kommission gehen in vielen Punkten weit über das hinaus, was die Vorlage der verbündeten Regierungen forderte; ja mehr noch, eine ganze Reihe von Positionen hat die Regierung nach den Kommissionsbeschlüssen für unannehmbar erklärt. (Hört, hört! links.) Herr Bassermann sprach davon, daß große vaterländische Interessen in Frage kämen. Gerade weil dies der Fall ist, verlangen wir eine gründliche Berathung. Unser ganzes Sinnen und Trachten ging darauf hinaus, durch eine gründliche Berathung dem deutschen Volke klar zu machen, was diese Vorlage bedeutet. (Auf rechts: 700 namentliche Abstimmungen!) Meine Herren, Sie (nach rechts) werden doch nicht behaupten wollen, daß der Grund für Ihr Verfahren sei. Wie liegen denn die Dinge in Bezug auf diesen Tarif? Deutschland ist mit der Ausarbeitung des Tarifs vorgegangen, ehe irgend eine andere der Nationen einen gleichen Schritt gethan hat. Die einzige Regierung, die bis zu einem gewissen Grade als gerüstet angesehen werden kann, ist die schweizerische; ihr Tarif unterliegt aber noch der Volksabstimmung. Italien hat noch keinen Tarif, Oesterreich Ungarn ist noch in den Vorberathungen begriffen, wie die Dinge in Rußland stehen, wissen wir nicht. Welchen Eindruck unser Tarif der Regierung auf das Ausland gemacht hat, beweist die Aeußerung des italienischen Schatzsekretärs Luzzati, der sagte: „Kein Nationalökonom von Fach, kein Praktiker, welcher die Verhältnisse des Weltmarktes kennt, kann diesen Tarif ernst nehmen.“ (Hört! hört! links.) Herr Luzzati schließt mit den Worten: „der Fortbestand der gegenwärtigen Handelsverträge werde die Grundlage und Voraussetzung sein, daß Italien dem Dreibunde treu bleibe.“ (Hört! hört! links.) Es ist ja auch klar, daß man nicht politisch miteinander im Bündniß stehen kann und handelspolitisch Krieg führt. Das wäre ein Widersinn. (Widerspruch rechts.) Bei Ihnen ist ja das Widersinnigste das Wichtigste. (Sehr gut! links.) Sieht eine Nation, daß die andere ihre vitalsten Interessen mit Füßen tritt, so kann sie selbstverständlich mit ihr nicht ein inniges Freundschaftsverhältnis haben. Die Beschlüsse der Kommission verletzen aber geradezu die Regierungen, mit denen wir Handelsverträge abschließen, sie sind keine brauchbare Grundlage für Handelsverträge. Meine Herren von der Kommission, haben Sie denn bei Ihren Beschlüssen selbst daran gedacht, daß sie als Grundlage für Handelsverträge dienen könnten? Nein! (Abg. v. Kardorff: Ja!) Ja? Das ist nicht wahr! (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Dann wären Sie (zur Mehrheit) in der Kommission Dummköpfe gewesen und das sind Sie nicht gewesen. (Gr. Heiterkeit.) In diesem Augenblicke ist allerdings das Unglaubliche Wahrheit geworden! Die Regierung ist bereit, alle Kommissionsätze mit Haut und Haaren zu schlucken, trotzdem die Kommission eine Reihe geradezu ungläublicher Beschlüsse gefaßt hat. Noch ein Weiteres ist geeignet, diese Verhandlungen in ihrer ganzen Wichtigkeit bloßzustellen. Ein Minister der verbündeten Regierungen soll erklärt haben, die Vorlage der Kommission könne nicht als Unterlage für Handelsvertragsverhandlungen dienen, es müsse dem Reichstag eine neue Novelle vorgelegt werden. (Hört! hört! links.) Ehe die Vorlage also fertig ist, wird schon erklärt: „Aber brauchbar ist das Ding nicht.“ Darum muß erst eine Novelle gemacht werden. Was sind wir denn eigentlich hier? Sind wir Gesetzesmacher

oder Reflektirer? (Gr. Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.) Das allertraurigste in diesem Trauerspiel ist aber eigentlich die Rolle, die die verbündeten Regierungen spielen. (Lebh. Zustimmung b. d. Opposition.) Die Herren von der Regierung haben von vornherein dem Antrag Kardorff zugestimmt, trotzdem sie wußten, daß er nur durch einen Bruch der Geschäftsordnung zu Stande kommen konnte. (Sehr richtig! b. d. Opposition.) Sie können ja freilich sagen, was geht es die Regierung an, wenn die Mehrheit Gesetz und Recht und die eigene Verfassung bricht, wenn sie die Geschäftsordnung niedertrampelt? (Unruhe b. d. Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Sie haben gesagt, die Mehrheit hätte die Geschäftsordnung niedergetrampelt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) In der entsetzenden Unruhe gehen die weiteren Worte des Präsidenten verloren.)

Bebel (fortfahrend): Was das Verhalten des Bundes der Landwirthe in dieser ganzen Angelegenheit betrifft, so muß man ihm das Zeugniß ausstellen, daß er ganz vorzüglich agirt hat. Daß das preussische Junkertum eine erste Rolle im preussischen Staat spielt, ist selbstverständlich. Daß die Regierungen das preussische Junkertum eristenzähig zu erhalten suchen, ist auch selbstverständlich. Jemehr die Junker sich unfähig erweisen, ihre Existenz aus eigener Kraft zu erhalten, umso mehr sehen Reich und Staat sie als Pappeln an. (Großes Unruhe rechts.) An die arbeitenden Klassen ist überhaupt nicht gedacht worden. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Arbeiter sind bei den Vorbereitungen zum Zolltarif überhaupt gar nicht angehört worden. Sie (zur Mehrheit) haben eben die Klinken der Gesetzgebung in der Hand und die Minister sind für Sie nur Kommiss. (Bravo! b. d. Soz.) Sie haben ja mit dem Antrag Kardorff eine Herabsetzung einer Reihe Industriezölle durchgeführt; sie haben damit wieder einmal für ihren Gebbeutel gejorgt. (Lebh. Zustimmung links.) Die verbündeten Regierungen aber haben durch ihre Zustimmung zum dem Antrag Kardorff ihre feierlichen Erklärungen selbst in schmählichster Weise mißachtet. (Lebh. Zustimmung links.) Redner erinnert an die mehrfachen Erklärungen des Reichskanzlers, worin jede Erhöhung der Mindestzölle als unannehmbar bezeichnet sind. Und doch haben es die Mehrheitsparteien durchgeführt. Wenn in solcher Weise Regierungserklärungen von den Personen selbst, die sie abgegeben haben, mißachtet werden, was soll man dazu im Lande wohl sagen? Die Mehrheit, und heute wieder Herr Bassermann, haben behauptet, das Verhalten der bünd. Linken mit Ausnahme der freisinnigen Volkspartei sei die Veranlassung zur Einigung der Mehrheitsparteien gewesen. Dies Märchen glaubt Ihnen wirklich Niemand. Sie haben sich in dem Augenblicke verklärt, als Sie die Gewißheit hatten, daß die Regierung fest blieb und von ihr nicht mehr herauszuschlagen war. Als Ihnen die Heute winkte, da kamen Sie in Schaaren hierher, und nun ging es holter die polter über Stock und Stein. (Heiterkeit.) Im Zentrum rumort es: Da giebt es Abgeordnete, die das Spiel bis an den Hals satt haben und nicht mehr kandidiren wollen, und ich muß sagen, wenn es so weiter gehen sollte mit der Herabwürdigung des Parlamentarismus, dann wird es keine Ehre mehr sein, dem Reichstag anzugehören. (Sehr richtig links.) Ich kann begreifen, daß Sie von großer Beugung über den Antrag Kardorff und das Zustandekommen des Kompromisses erfüllt sind. In demselben Maße aber, wie bei Ihnen Freude herrscht auf der anderen Seite Born und Entrüstung, (Sehr gut! links.) denn diese andere Seite, die Arbeitermassen, sie müssen die Kosten tragen. Sie werden es ja fertig bringen, die Tarifvorlage Ihren Klassengenossen als Weihnachtsgeschenk auf den Tisch zu legen. Sie heimsen Zehntausende ein, während draußen Millionen Menschen hungern und darben. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter werden seufzen unter der Last, die Sie ihnen auferlegen. Aber bei den Wählern werden sie den Verrath, den Sie an ihnen geübt haben, vergelten, und es wird ein Volksgericht geben, wie es niemals aber Sie hereingebrochen ist. (Stürm. Beifall bei den Soz.)

Dr. Müller-Meiningen (Soz.): Auf die kurze Unterhaltung zwischen dem Abg. Bassermann und dem Reichskanzler brauche ich nicht einzugehen. Diese Herren haben nichts Sachliches gesagt. (Sehr richtig! links.) Im Gegensatz zu Herrn Bebel bin ich der Ueberzeugung, daß es sich hier nicht um eine Generaldiskussion, sondern um eine Spezialdiskussion handelt. Was Herr Bebel über die Haltung meiner Parteifreunde in der Kommission am 1. Dezember gesagt hat, ist unrichtig. Erz der minderwertigen Arbeit, die uns im Antrag Kardorff vorliegt, hielten wir es für unsere Pflicht, wenigstens den Versuch zu machen, die große Gefahr, die dem deutschen Volke droht, etwas abzumildern. Deshalb haben wir unsere Anträge gestellt. Wir verlangen zunächst Zollfreiheit für die wichtigsten Rohstoffe der Landwirtschaft. Da die Gerste durch den erhöhten Zoll verteuert wird, ist der Bauer jetzt auf den Mais als Futtermittel angewiesen. Wir verlangen daher Wiederherstellung des bisherigen Vertragszolls für Mais; ebenso muß der bisherige Vertragszoll für Hülsenfrüchte aufrecht erhalten werden. Weiter verlangen wir Zollfreiheit für Kleeheu und Grasheu. Die Erzeugung von Grasheu in Deutschland deckt nur 20 Prozent des Bedarfs. Nun zum Hopfenzoll. Die Kommission hat den Satz der Vorlage von 60 auf 70 Mk. erhöht. Wir verlangen seine Herabsetzung auf den bisherigen Vertragsatz von 14 Mark. Die Begründung des hohen Hopfenzolls beruht auf der ganz anormalen Mißernte des vorigen Jahres. Bleibt der hohe Zoll der Kom-

wissen aufrecht erhalten, so werden Belgien und England, die beiden Hauptabnehmer unserer Ueberproduktion, sicher mit Repressalien kommen. (Sehr richtig! links.) Besonders muß ich mich wundern über die speziell gegen Österreich gerichteten Zollerhöhungen. Wie steht das Auswärtige Amt zu den beschlossenen Zollerhöhungen für Kartoffel, Obst, Gemüse? Wir haben ein Recht darauf, Auskunft darüber zu verlangen! Für Gemüse und lebende Pflanzen beantragen wir Zollfreiheit. Die Zölle dafür richten sich besonders gegen Italien. Deutschland hat seinen Beitrag zum St. Gotthardt-Tunnel gegeben, sollen jetzt alle Vorteile eines solchen Wertes wieder aufgehoben werden? (Sehr gut! links.) Ich komme nun zu dem einzigen Finanzgoll, dessen Herabsetzung wir beantragen haben, zum Kaffeegoll. Wir beantragen seine Herabsetzung auf die Hälfte, auf 20 bzw. 25 Mk. Gegenüber der Vertheuerung des Brodes und des Bieres sollte man der armen Bevölkerung hier wenigstens eine Kompensation gewähren. Freilich hört man schon von neuen Flottenvorlagen; von einer Vermehrung der Kavallerie usw. Je mehr Einnahmequellen man dem Reiche verschafft, desto mehr reizt man die Reichsregierung zu derartigen Ausgaben an. (Sehr richtig! links.) Einen tollen Schach der Schutzollpolitik bedeutet die Erhöhung der Zölle für Gerbstoffe, die hauptsächlich die deutsche Lederindustrie vor eine Katastrophe stellen. (Sehr wahr! links.) Das Ungeheuerlichste ist die Erhöhung des Quebracho-Zolles von 1 auf 7 Mark. Wie will die Reichsregierung mit einem Quebracho-Zoll von 7 Mark Handelsverträge abschließen? Der Zoll auf Heringe, den „Fisch des armen Mannes“, ist in erster Lesung gestrichen worden — aus Versehen! Der einzige vom Volke freudig begrüßte Beschlus ist also „aus Versehen“ erfolgt! In zweiter Lesung ist dann der Heringszoll der Regierungsvorlage angenommen worden. Das heißt wirklich Mittelstands- und Sozialpolitik! Ebenfalls in das Genre einer derartigen Sozialpolitik gehört die Verdreifachung des Bierzolles. (Sehr richtig! links.) Die deutsche Geflügelzucht deckt nur 5 pCt. des deutschen Bedarfs. (Hört! hört! links.) Um den Bedarf zu decken, würden 27 Millionen Hennen und drei Millionen Gähne notwendig sein. Herr von Kardorff rief rief mir in der Kommission, als ich diesen Nachweis führte, zu: „Das schaffen wir in zwei Jahren!“ Ich möchte doch mahnsichtig einmal — ich bitte das nicht buchstäblich zu nehmen — die Eier des Herrn von Kardorff sehen! (Gr. Heiterkeit.) Charakteristisch war die Kommissionsverhandlung über die Papierzölle. Der auf die einseitigen Interessen der Papierindustrie zugeschnittene Beschluß der Kommission wurde mit 15 gegen 13 Stimmen gefaßt, der Führer der schutzollnerischen Mehrheit war selbst ein Interessent. Will die Regierung auf jeden Schutz der Papierverarbeitungsindustrie verzichten, die mehr Arbeiter beschäftigt, als die Papierindustrie. Diese Beschlässe bilden eine vortreffliche Illustration des maßgebenden Kunstbanauentums: die wichtigsten Kunstgewerbe, zumal das graphische Kunstgewerbe; ferner die Presse, die leider zu wenig rühmig war, der deutsche Verlagshandel, insbesondere der Kunstverlag, werden durch die Papierzölle geschädigt, oder geradezu vor eine Katastrophe gestellt. Für den Krieg der Agrarier gegen die Städte sind die Zollerhöhungen bei Baumaterialien und Plastersteinen sehr bezeichnend. Viele Zollerhöhungen bedeuten eine Erschwerung der Bauhätigkeit und der Verkehrsverbesserung; sie sind antimodern und antimilitärisch im höchsten Grade. Ich begreife nicht, wie städtische Vertreter für die Zollerhöhung auf Plastersteine haben stimmen können. Die deutsche Eisenindustrie ist in der letzten Zeit so extrem üppig gewesen, daß sie wirklich keiner Schutzzölle mehr bedarf. Trotzdem sind in ganz unmotivierter Weise Zollerhöhungen für Eisen beschlossen worden. Wir verlangen Beseitigung der Eisenzölle, denn auf andere Weise läßt sich den Ausschreitungen der Syndikate nicht entgegenzutreten. Nun zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Wirkungen des Zolltarifs. Zweifelslos bestehen die größten Bedenken darüber, ob das Zolltarifgesetz überhaupt vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats ausgeführt werden kann. Die gesamte Theorie stellt sich auf den Standpunkt, daß ein unter dem Druck der Geschäftsordnung zustande gekommener Reichstagsbeschluß überhaupt kein endgültiger Beschluß nach Artikel 5 der Verfassung ist, genau so wenig, wie ein nur in erster Lesung zustande gekommenes Gesetz zum Gegenstand der Zustimmung des Bundesrats gemacht und vom Kaiser ausgeführt werden könnte. (Sehr richtig! links.) Auf jeden Fall wird eine höchst gefährliche Rechtsunsicherheit geschaffen werden. Die Art und Weise der Beratung dieses Gesetzes bedeutet auch eine völlige Verletzung des Petitionsrechts; wenn nach dem Antrag Kardorff beschlossen wird, können die nach den Kommissionsberatungen eingegangenen Petitionen überhaupt keine Berücksichtigung in unseren Entschlüssen mehr finden. (Sehr richtig! links.) Auch der im Artikel 22 der Verfassung ausgesprochene Grundsat der Publizität wird durch die hier beschriebene Beratung verletzt. Wir haben, abgesehen vom heutigen Tage, überhaupt keine Spezialdebatte des Zolltarifs geführt, also nicht die Möglichkeit gehabt, vor der Öffentlichkeit über die Angemessenheit der Verhandlung zu verhandeln. Wir bekämpfen den Zolltarif aus handelsrechtlichen Gründen — weil er die gegenwärtige Politik der Handelsverträge gefährdet — sowie aus sozialpolitischen Gründen, weil er eine ungerechte Erschwerung — und das gerade in einer Zeit der Krise — der Lebenshaltung der Massen bedeutet. Wir bekämpfen ihn ferner, weil er noch unter Lieberzeugung die Quelle eines allmählichen, aber vollständigen Ruins der in der Geschäftsordnung des deutschen Reichstags niedergelegten Verfassung bedeutet. In der dritten Lesung wird die Mehrheit zu eracumen, verhärteten Redensbrüchen schreiten. Auf diesem Wege giebt es kein Halten mehr; man wird schließlich auch vor Verfassungsänderungen nicht zurückweichen. Das ist Wasser auf die Mühle der in der „Kreuz-Zeitung“ zu lesen in dieser Richtung thätigen reaktionären Elemente. Ein Gesetz, das das Brandmal der Reichsbildung auf der Stirne trägt, kann nun und nimmermehr zum Segen des deutschen Volkes gerichten. (Bravo! links.)

(Der Schluß des Reichstags-Berichtes befindet sich in der Beilage.)

Politische Handzettel.

Deutschland.

Reichstagswahl in Siegen-Goldberg-Siegen. Donnerstag sind in jenen waldreichen Gegenden die Wähler für den bevorstehenden Reichstagswahltag nach den bisherigen Bestimmungen (Art. 1082, Wahl (Art. 1082) 4787 und Braun (Art. 1082) 4950 Stimmen. Einige Dörfer haben noch nie 1888 erhalten im ersten Wahlgang die Sozialdemokraten 7215, die Konservativen 6065 Stimmen, ein Fortschrittler 614 Stimmen. Bei der Stichwahl liegt dann Braun mit 14269 gegen 7886 Stimmen. Nach altem Recht hätte er ein Wahlrecht bekommen, das zu weiterer Unterstützung noch keine Verwendung gibt.

Die Venezuela-Affaire. Auf Veranlassung des amerikanischen Gesandten Bowen hat die venezolanische Regierung die gefangen gesetzten Deutschen und Engländer wieder freigelassen. Dienstag Abend fanden in Caracas große Kundgebungen statt, nachdem die Nachricht von der Befreiung venezolanischer Kriegsschiffe in La Guayra bekannt geworden war. Eine große Menge veranstaltete Aufzüge mit Fahnen in den Straßen der Stadt. An verschiedenen Stellen wurden errigte Nebel gehalten. Volkshäuser versuchten, die Eingänge zur deutschen Gesandtschaft und zum deutschen Konsulat zu durchbrechen. Die Polizei bemühte sich nicht, die Teilnehmer an den Kundgebungen zu zerstreuen. Im Laufe des Abends wurden mehrfach englische und deutsche Fahnen verbrannt. — Da Venezuela bisher noch keine Veranlassung genommen hat, auf das Ultimatum zu antworten, beschlagnahmten englische und deutsche Schiffe das Zollhaus in La Guayra; Widerstand wurde nicht geleistet.

Eine ungläubliche Rudellosigkeit. In Bochum gehen Listen um, in die sich die Arbeiter einzuschreiben sollen, um so ihre Zustimmung zu einer Adresse an den Kaiser kund zu geben, die neben der gebräuchlichen Verurteilung der Essener und Breslauer Neben folgende Niederträchtigkeit enthält: „Zugleich möchten wir Euer Majestät allerunterthänigst bitten, zu einer Aenderung der Gesetzgebung die Initiative ergreifen zu wollen, damit der weiteren Verwerfung unserer Volkswirtschaft durch eine verwerfliche Kampfweise vorgebeugt werden kann.“ — Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser! Aber wen glaubt denn das Unternehmertum mit so blöde insinuirten Maskefaden zu täuschen? Der strenge Winter kommt dieser moralischen Erpreßerbande gerade recht, um mit ihren wehrlosen Arbeitern Schindluder zu treiben. Die 22000 sozialdemokratischen Stimmen, die im Hochmiser Preis 1898 für uns abgegeben wurden, werden damit doch nicht aus der Welt geschafft.

Der Sturm gegen die schmähliche Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion aus den Reihen der eigenen Partei wird immer heftiger. In der „Magdeb. Ztg.“ beschwört ein nationalliberaler Politiker die Fraktion noch in letzter Stunde, sich vom Antrag Kardorff zurückzuziehen: „Noch ist es Zeit, den Schritt zurückzutun; noch ist der Antrag nur für zulässig erklärt, aber nicht angenommen. Es ist die höchste Zeit, daß die nationalliberale Partei der ganzen Bedenklichkeit und der verhängnisvollen Folgen, welche er für sie haben kann, sich bewußt wird; sonst könnte es geschehen, daß bei den nächsten Wahlen ein sehr großer Teil ihrer treuesten Anhänger ihr die fernere Gefolgschaft versagt.“ Die Mahnung ist begründet, aber jetzt nicht mehr daran zu denken, daß sie beherzigt werden könnte! Zu spät! Daß die Nationalliberalen mit ihrem Anschluß an die reaktionäre Mehrheit sich gründlich in die Pfanne gesetzt haben, wird ihnen sogar von ihren Kaufhandel-Kontrahenten selbst bezeugt. Unter Hinweis auf die Demonstrationen gegen die Wasseränner schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Man kann an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergehen. Sie werden ihre Nachwirkung bei den nächsten Reichstagswahlen üben. Innerhalb der liberalen Parteien bereiten sich Verfassungsveränderungen vor, welche schwerlich zur Verstärkung des Sozialliberalismus beitragen werden.“ — Es würde nur zur Genugung des deutschen Parteilebens beitragen, wenn der Nationalliberalismus, der schon so viel Vorkostverath an dem Gewissen hat, bei den nächsten Wahlen völlig in die Hände gehen wollte. Die Sozialdemokratie wird ihr Kräfte einsetzen, um den Dreißigjährigen das Grab zu schaufeln.

Die Bauern sind verrathen, wie immer. Den bayerischen Bauern kommt es jetzt anscheinend immer mehr zum Bewußtsein, daß sie bei der Angelegenheit über den Zolltarif gehörig getäuscht werden und die bauernbündlerischen Organe ziehen denn auch gehörig gegen das Zentrum vom Leder. So meint das „Bayerische Vaterland“, die Hinaufsetzung des Zolles für Braugerste um eine Mark sei ganz und gar werthlos, da eine unterschiedliche Verzollung von Brau- und anderer Gerste praktisch undurchführbar sei. Die Braugerste werde in Zukunft eben einfach unter dem Titel von Brennerer, Graupen, Gerste oder auch Futtergerste zu den anderen Zollsätzen eingeführt und die Bauern seien die Verlierer, wie immer. — Es ist nur gut, daß von agrarischer Seite selbst zugestanden wird, daß eine differenzierte Steuerzollung ein Übel ist. Würde das von sozialdemokratischer Seite geschehen, so könnte man gleich wieder hören, daß dies unsere Verfassungslosigkeit für landwirtschaftliche Dinge beweise.

Ulmerer Klatsch. Die gegnerische Presse ergeht sich in allerlei Phantasien und Behauptungen über Vorgänge in der letzten Sitzung unserer Fraktion am Sonntagabend. Darin soll es zu besonders heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem „Gaußigen“ und dem „Radikalen“ gekommen sein über die häufig zu beobachtende Taktik. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Die sozialdemokratischen Fraktionsführer unterziehen sich von denen anderer Parteien, daß in ihnen in der Regel lebhaft debattiert wird, weil die Fraktion alle ihre entscheidenden Schritte diskutiert und selbst bestimmt und eine Uebereinstimmung wie in anderen Fraktionen nicht kennt und nicht duldet. So war es auch in der Fraktionsführung am Sonntagabend. Das Endresultat war vollkündige Einmüthigkeit über die weiter einzuschlagende Taktik, was wohl am besten beweist, wie vergeblich wieder die Unterwerfung der bürgerlichen Presse ist. Um jene Sitzung als ganz besonders wichtig sind die Verhandlungen als besonders hingestellt, wird auch angeführt, die Fraktion habe den Fraktionsführer ersucht, sich zu entfernen, damit er über die Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit bringen könne. Auch das ist eine Finte. Die Fraktion hat schon seit vielen Jahren die Gesetzentwürfe, ihrem Diner zu gestalten, den Fraktionsführer fernzuhalten, weil sie kein Bedürfnis für seine Dienste hat und sich selbst bedient. Darin unterliegt sie sich von den bürgerlichen Parteien, die ohne Diner nicht glauben ankommen zu können. Die „Tägliche Rundschau“ phantasiert sogar über eine Montag-Sitzung der Fraktion, da aber eine solche nicht festgesetzt hat, ist es überflüssig, auf ihre Erfindungen mit einem Wort einzugehen. Wir erkennen aus diesen Schwandmählungen nur, wie große Sorge den Gegnern die Sozialdemokratie wieder einmal bereitet. Diese Abschätzung von Taktikschlägen und

Taktikschlägen, mit der man uns wieder zu bekämpfen sucht, sind wir freilich längst gewöhnt.

Der deutsche Kaiser und sein Onkel. „Eiffel“ wird mitgeteilt: Die englische Monatschrift „The National Review“ hat in ihrer Dezembernummer eine Klatschgeschichte aufgewärmt, wonach der Kaiser auf der letzten Nordlandreise an Bord einer amerikanischen Yacht abfällige Aeußerungen über den König von England, die britische Regierung und das britische Volk gemacht haben soll. Da diese Geschichte jetzt unter Berufung auf „National Review“ in englischen und auch französischen Blättern verbreitet und zu Hetzereien gegen Deutschland ausgebeutet wird, so ist es nöthig, sie als das zu kennzeichnen, was sie ist: eine dreiste Erfindung.

Es bläst ein scharfer Wind. Aus Breslau wird gemeldet: Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der Brauer Hans Quader zu verantworten. Er hatte sich eines Abends im Oktober d. J. in einer Restauration in Gegenwart von Gästen und der Frau des Wirthes in Schmähungen Wilhelms II. ergangen. Das Gericht verurtheilte nach nichtöffentlicher Verhandlung den bisher unbestraften Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis. — Bei den gegenwärtig erregten Zeiten thut man gut, sich ein Tuch vor den Mund zu halten, denn

Neue Annexionsgelüste. Um dem Lippischen Streite ein Ende zu machen, schlägt die „Magdeb. Ztg.“ ein Raketenmittel vor:

Unseres Erachtens giebt es in der Lippischen Frage, wenn der widerwärtige Streit nicht mehr fortgesetzt werden soll, nur eine einzige, allgemein befriedigende Lösung: die Einverleibung des Staates in Preußen. Damit verschwände wieder ein Staatswesen, das doch nur eine Parodie auf den Begriff des Staates ist, und in der arg verheerten Bevölkerung, die unter Unsicherheit aller Verhältnisse leidet, träte Veruhigung ein; die Glieder der Lippischen Familie dünnten ja wegen des Hausgutes weiter streiten, aber das öffentliche Interesse wäre erschöpft.

Es gehört eine unerhörte Verachtung verfassungsmäßig garantierter Rechte dazu, unter den anmaßendsten Ausfällen gegen einen der deutschen Bundesstaaten dessen Beseitigung anzurathen. Man sieht, welche Verwirrung die jetzt bei der Reichstagsmehrheit beliebte Gewaltpolitik in den Köpfen anzurichten vermag. Wie denkt sich der nationalliberale „Staatsmann“ der „Magdeb. Ztg.“ diese „Einverleibung“ rechtlich begründet?

Kleine politische Nachrichten. Wegen Ablehnung der Petition um Zulassung einer beschränkten Schwemereinfuhr aus Rußland hat, der „Königsb. Post, Ztg.“ zufolge, der Magistrat in Königsberg Beschwerde gegen den Landwirtschaftsminister beim Gesamtministerium erhoben. — Zum deutschen Mitglied des ständigen Schiedsgerichtshofes in Haag an Stelle des verstorbenen Präsidenten Dinger-Weipig ist Dr. jur. Sieveking-Damburg ernannt worden. — Eine Meldung des „Neuerlichen Bureau“ aus Carrero vom 4. Dezember, die in Berbera am 7. Dezember eingetroffen ist, verzeichnet das bisher noch unbelästigte Gerücht, daß der Mullah während des Besebes durch einen Lanzensich in den Unterleib ermordet worden sei. Die Engländer würden sicher frohlocken, wenn sich das Gerücht bewahrheiten sollte!

Rußland.

Die „Arbeiterunruhen“ in Koffow dauern nach offiziellem Eingekändnisse fort. Das heißt, die Arbeiter streiken und das Militär sorgt dafür, daß es zu Unruhen kommt. Gerüchlicherweise verlautet, daß eine geheime Druckerei der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei entdeckt wurde.

Italien.

Straßenbahnerstreik in Mailand. Donnerstag Morgen ist das Personal der Straßenbahnen in Mailand in einen allgemeinen Streik eingetreten. Der Betrieb wird nothdürftig durch Ersatzkräfte unter polizeilichem Schutze auf einigen wenigen Linien aufrecht erhalten.

Frankreich.

Die Hafen- und Dockarbeiter in Marseille haben sich im Prinzip für den Generalausstand beschlossen. Ueber die Frage wird eine allgemeine Abstimmung stattfinden.

Holland.

Allgemeiner Dockarbeiter-Streik in Amsterdam. Die organisierten Dockarbeiter in Amsterdam haben einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzuliegen. An dem Streik sind ca. 500 Mann theilhaftig.

Wien und Umgebung.

Freitag, den 12. Dezember 1902.

Auf zum Protest gegen die Bürgerrechtswahlrechts-Vorlage! Am kommenden Sonntag Vormittag 11 1/2 Uhr findet im großen Saale des „Vereinshauses“ eine Protestversammlung gegen die in der Wahlrechts-Vorlage der gemeinsamen Kommission zum Ausdruck kommende Rechtslosigkeit der Mehrheit der hiesigen Bevölkerung statt. Wir ersuchen die Genossen, heute schon für einen Massenbesuch dieser Versammlung zu agitieren, damit in derselben der Wille der Mehrheit der Bevölkerung zur wirksamen Geltung kommt. Jeder freitheilich gestimmte Einwohner muß in dieser Versammlung erscheinen!

Das „Arbeiterblatt“ macht den Versuch, sich um die von uns geforderte Beweisführung anlässlich der gegen die sozialdemokratische Presse erhobenen Vorwürfe mit einigen nichtslgenden Redensarten hinweg zu setzen. Da das offizielle Organ also anscheinend nicht in der Lage ist, den Nachweis für seine Behauptungen zu erbringen, so konstatieren wir hiermit, daß es für uns aus der Bitte der anständigen Blätter gestrichen ist.

Zur Aenderung des Wahlrechts. In der gestrigen Versammlung des Bürgerrechtsvereins sprachen sich sämtliche Redner entschieden gegen die Vorschläge der gemeinsamen Kommission aus. Nach langer Debatte fand schließlich folgende Resolution Annahme: Die heute in der „Vahütte“ vom Bürgerrechtsverein einberufene Versammlung protestirt entschieden gegen den von der gemeinsamen Kommission bestr. die Revision der gesetzlichen Bestimmungen über das Staatsbürgerrecht ausgearbeiteten Bericht aus dem Grunde, weil die Interessen der länderlichen Steuerzahler in nicht gerechtfertigter Weise zu schädigen

gen gesucht wird, und richtet deshalb an die Bürgererschaft das Ersuchen, den Abänderungsvorschlägen der gemeinsamen Kommission ihre Zustimmung zu verweigern.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: „In verschiedenen Theaterkritiken der doch angeblich lehrerfreundlichen „Eisenbahn-Zeitung“ finden sich Äußerungen, welche eine direkte Mißachtung des Lehrerstandes in sich bergen. So hieß es a. B. kürzlich in einer von J. Boy-Ed erstatteten „Lannhäuser“-Kritik, nachdem zunächst dem Darsteller des Lannhäuser ein Mangel an Temperament und an großer Linie“ und „eine rückgratlose Schwächlichkeit der Haltung“ zur Last gelegt wird: „Das war nicht der Winneheld — das war etwa ein zaghafter Volksschullehrer, der eine Disziplinaruntersuchung zu gewärtigen hat.“ Man mag nun in dem Ausdruck eine Redensart sehen. Eine Redensart hat aber nur dann die Berechtigung der Anwendung, wenn sie nicht veraltet ist. Vor fünfzig Jahren hätte man vielleicht von einem zaghaften Volksschullehrer reden können. Aber inzwischen hat der Lehrerstand einen Aufschwung genommen, wie er wohl selten zu vermerken ist. Und dieser Zeitabschnitt wird von der Rezensentin vollständig übersehen; sie hat sich damit wahrlich ein Armuths-Zeugniß ausgestellt. Entweder ist der Frau Boy-Ed die ganze moderne Bewegung der Volksschule und des Lehrerstandes unbekannt, oder sie ist sich nicht vollständig klar über die Anwendung von Redensarten. Es wäre wünschenswert, wenn die Rezensentin sich ein wenig um das Streben und das Programm der deutschen Lehrerschaft kümmern würde. Will sie jedoch im Ernst von einem zaghaften Volksschullehrer als Typus des Lehrerstandes reden, so ist wohl zu bezweifeln, daß Frau Boy-Ed jemals einen Volksschullehrer in einer Disziplinaruntersuchung gesehen hat. Die Lehrer, die in den letzten 10 Jahren vor einer Disziplinaruntersuchung standen, waren auch nicht im geringsten zaghaft. Sie waren sich des Wertes ihres Standes wohl bewußt und schauten freier und offener in die Zukunft. — Eines nicht viel besseren Tones befehligte sich J. St. Herr Wienandt in seiner Kritik über: „Die größte Sünde“ und ein Herr G. E. in „Schlachmann als Erzieher.“ Letzterer Herr schrieb u. A. über den Verfasser, den früheren Hamburger Lehrer Otto Ernst (Schmidt): „Aus dem Volksschullehrer ist ein Schriftsteller geworden; aus ihm entpuppt sich vielleicht — wer kann es wissen? — als noch höhere Stufe der Intelligenz — der Rentier.“ Auch bei diesen beiden Herren tritt dasselbe zu, was bereits hinsichtlich der Frau Boy-Ed gesagt worden ist. Sie haben die ganze Bewegung der Volksschullehrer nicht verstanden; das Ringen dieses Standes nach Freiheit ist ihnen ein Buch mit sieben Siegeln geblieben.“

Zum Präses der Handelskammer ist in der gestrigen Versammlung der Kaufmannschaft Konsul Hermann Feßling mit 123 Stimmen gewählt worden.

Die Tagesordnung der am Montag zusammentretenden Bürgerchaftsversammlung ist folgende: 1. Mittheilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1) Bewilligung eines fernerer Darlehens von 50000 Mk. an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein. 2) Anlage eines zweiten Kirchhofes für die Vorstadt St. Lorenz. 3) Landaustausch an der Watenismauer und an der Kanalstraße und Fortführung der Straße „An der Watenismauer“. 4) Gesetz, das Lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend, sowie Abänderung der Artikel 20 und 21 der Verfassung u. v. d. a.

Gewerbegericht. Am Donnerstag fand endlich eine Klageverhandlung in vier Terminen zur Erörterung stand, ihre Erledigung. Es handelte sich um die Zimmerer S. und K. und den Bauunternehmer H. Kläger S. war seitens des Beklagten die Zustimmung gegeben worden, daß er gegen 60 Pfg. Stundenlohn die ihm mitlichen Zimmerarbeiten an dem Neubau des Beklagten in der Brocksstraße ausführen solle. Sobald die Zeichnungen genehmigt waren, sollte S., der die Arbeit nur in Gemeinschaft mit einem Kollegen, den von ihm hierzu bestimmten Mitkläger, ausführen konnte, zum Beklagten kommen und die erforderlichen Holzvorräthe feststellen. Letzterer hat S. aber keine Mittheilung gemacht, als die Zeichnungen genehmigt waren, sondern hat vielmehr einem andern Zimmermann die Arbeiten übertragen. Da die Kläger nun nach dem Lohnvertrag allenthalben nur 53 Pfg. verdienen können, klagen sie auf Auszahlung der Differenz für die Zeit bis zur Fertigstellung des Baues. Die ermäßigte Forderung belief sich auf 30 Mk. Da der Beklagte der Ansicht huldigte, daß S. sich um den Fortgang der Sache hätte kümmern müssen und schließlich auch bestritt, eine Zulage gemacht zu haben, mußte eine umfangreiche Beweishebung erfolgen. Im letzten Termin beschloß das Gericht auch noch die Vernehmung von zwei Sachverständigen. Auf Grund der Beweisaufnahme und der Gutachten wies das Gericht K., mit dem kein Vertrag geschlossen worden sei, mit seiner Klage ab, verurtheilte jedoch den Beklagten zur Zahlung von 30 Mark an S. — Der Kellerer W. klagte sodann gegen den Restaurateur S. auf Zahlung von 84 Mark. Ersterer war

am 13. v. Mts. von einem Hamburger Stellenvermittler gegen freie Kost und Logis und Trinkgeld für den Beklagten angenommen worden. Er kündigte zum 13. d. Mts., wurde jedoch am 6. bereits entlassen. Nunmehr forderte er eine Entschädigung für Kost, Logis und Trinkgeldeausfall. Da festgestellt wurde, daß bei Eingang des Arbeitsverhältnisses Kündigung ausgeschlossen worden ist, wurde Kläger, mit Ausnahme von 15,75 Mk. für die vom Beklagten anerkannte Logisgeldforderung, abgewiesen. — Mit einem Vergleich endete die Klage des Tischlers H. gegen den Tischlermeister H. Die Forderung des Ersteren erstreckte sich auf Zahlung von 15,20 Mk. Lohn für 38 Arbeitsstunden. Da die vom Kläger anerkannte Arbeitsordnung besagt, daß für unbrauchbare Arbeit kein Lohn bezahlt wird, und dieser auch selbst die Mangelhaftigkeit der Arbeit zugab, einigten sich die Parteien auf Zahlung von 6 Mk. — Ein sonderbarer Entlassungsgrund war es, der von der Firma F. G. u. Co. gegenüber dem Steindruckereim zur Anwendung gelangte. Kläger, der bereits früher drei und ein halbes Jahr bei der Firma in Arbeit gestanden hatte, kündigte am 2. Oktober das Arbeitsverhältnis zum 16. Dezember. Er wurde jedoch bereits am 6. d. Mts. entlassen, weil durch sein Verschulden eine Maschine schwer beschädigt sein sollte. Das Klageobjekt beträgt für 16 1/2 Tage ca. 80 Mk. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die Maschine nicht vom Kläger, sondern von einem diesem unterstellten Arbeitsburschen ohne Wissen und Willen des Ersteren angefaßt und beim Abstellen beschädigt worden ist. Der Schaden soll angeblich 300 Mk. betragen. Schließlich einigten sich die Parteien dahin, daß Beklagte auf Schadensersatzansprüche für die Maschine verzichteten und 30 Mk. an Kläger zahlen.

Personalien. Der Senat hat dem Gerichtsschreiber beim hiesigen Landgericht E. G. F. Schlichting den Titel „Landgerichtsschreiber“, dem Gerichtsschreiber beim hiesigen Amtsgericht C. F. A. Horstmann den Titel „Amtsgerichtsschreiber“ und dem Bureauvorsteher bei der Staatsanwaltschaft A. G. F. Schneider den Titel „Staatsanwaltschaftsschreiber“ verliehen. — Dafür können sie sich aber nichts kaufen!

Angehobene Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fischhändlers A. P. Knaack ist nach erfolgter Schlussverteilung aufgehoben worden; desgleichen das Verfahren über das Vermögen des Wirtshausbesizers J. A. G. Hoff.

Güterkenntnis haben nach einer Eintragung in das Güterrechtsregister der Zimmermann F. Th. S. Westphal und Frau vereinbart.

pb. Vermittler Knabe. Seit dem 8. d. Mts. wird von auswärtig ein Schüler vermittelt. Er ist 13 Jahre alt, 1,65 Meter groß und ist mit grüner Jägerjoppe mit Schnalle auf dem Rücken, kurzer blauer Hose, schwarzen Strümpfen, Schnürschuhen und grüner Schülermütze bekleidet. Die Angehörigen bitten um Inhaftung und Mittheilung an das hiesige Polizei-Amt.

pb. Abhanden gekommen. Von einem hiesigen Kaufmann wurde Anzeige erstattet, daß ihm von seinem an der Untertrave beim Schuppen 3 haltenden Wagen ein Preisfingerring abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen sei.

pb. Sachbeschädigung. Zur Anzeige gebracht wurde ein Maurerlehrling, der sich der Sachbeschädigung schuldig machte.

pb. Diebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein zugereiteter Korbmacher aus Reiff, der einem an der Wittenstraße wohnhaften Trödler ein Paar neue Schreitstiefel gestohlen. Der festgenommene Dieb hatte ein Ovingglas in schwarzem Futteral mit Riemen bei sich, welches auch aus einem Diebstahl herrühren dürfte. Das Glas trägt an einem Rohr die Firma „E. Krauß u. Co. Paris“ und an dem zweiten Rohr die Bezeichnung „Jumelle Perfectionnée, Argus“. Der unbekanntes Eigentümer wolle sich im Polizei-Amt bei der Kriminal-Abtheilung melden.

Schwarzaus-Rausfeld. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, den 14. Dezember, findet die Kalenderverbreitung statt. Die Genossen, welche an der Verbreitung theilnehmen wollen, werden aufgefordert, am Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr im Gasthause „Transvaal“ zu erscheinen. Alle Mann am Platz!

Entin. In der letzten Gemeinderathssitzung lag ein Schreiben des Mitgliedes Höpner vor, nach welchem ein Beschluß des Gemeinderaths darüber herbeigeführt werden sollte, daß der Bürgermeister Auskunft über die Vermögens Angelegenheit und über die Lagerung der 10—13 Waggon Kupfsteine auf dem Hofe des Georg-Hospitals geben möge. Der Bürgermeister erklärte: Er habe dem Hmi allerdings die Steuern gestundet gehabt; jetzt aber sei alles regulirt worden. Hinsichtlich der Lagerung der Steine habe er zu bemerken, daß dieselben Eigentum der Firma Jäbe in Lübeck seien. Die betr. Schriftstücke lege er auf den Tisch des Hauses nieder, damit sich Jeder überzeugen könne. Jäbe sei seitens des Lübeckischen Staates der dortige Lagerplatz geländigt worden; deshalb habe er sich nach Entin gewandt. Die jämmtlichen Unkosten, Lagermiete u. v. d. m. würden von Jäbe

bezahlt. Der Gemeinderath erklärte sich mit dieser Auskunft einverstanden. Mit Recht wurde seitens des Mitgliedes Brede darauf hingewiesen, daß der Bürgermeister richtiger gehandelt hätte, wenn er s. B. bei Erörterung der Angelegenheiten im Gemeinderath Aufklärung gegeben hätte. Der Bürgermeister gab hierauf die etwas sonderbare Antwort: „Ich habe das neulich nur für persönliche Epochen seitens des Herrn Höpner gehalten. Gätte man mich im freundlichen Ton zur Rede gestellt, dann wäre meinerseits auch damals schon Aufklärung gegeben worden. Rechtsanwält Böhmer bezeichnete es als nicht gerade sehr schön, wenn alle die internen Angelegenheiten des Gemeinderaths in den „Lübecker Volksboten“ launirt würden; er müsse es sehr bedauern, daß so etwas vorkommen könne. Der Herr will in der nächsten Sitzung die betreffenden Nummern des „Volksboten“ mitbringen und vorlesen. — Als nächster Punkt kam ein Schreiben der Regierung zur Besetzung, nach welchem der Gemeinderath beschließen soll, daß seitens der Gemeinde jährlich 5000 Mark zum hiesigen Gymnasium zuzusteuern seien. Würde dieser Zuschuß verweigert, dann müsse das Gymnasium aufgehoben werden. Natürlich legten sich Böhmer, sowie seine Gefinnungsgenossen und der Bürgermeister sehr für diesen Antrag ins Zeug; sie wollen ja lieb Kind bei der Regierung bleiben. Sie erlitten jedoch in dieser Sitzung insofern Mißgeschick, als letztere bis zum verfloffenen Donnerstag 6 Uhr vertagt wurde. — Wir können es dem Herrn Böhmer nachfühlen, daß ihm eine Verdröpfung der Berichte über die Gemeinderathssitzungen unangenehm ist. Wird doch damit der Einwohnerkenntnis gegeben von der Stellungnahme und dem Verhalten des Herrn im Gemeinderath. Die Gemeindeglieder sehen dann wenigstens, was sie von dem Herrn und seinen Gefinnungsgenossen zu halten haben. Sehr erregt sind wir darüber, daß der Herr in der nächsten Gemeinderathssitzung die Gutiner Gemeindeangelegenheiten betreffenden Notizen des „Volksboten“ vorlesen will; dann bekommen die Herren wenigstens einmal die Wahrheit zu hören. — Die Stellungnahme des Bürgermeisters wirkt sehr befremdend! Er wünscht, daß die Gemeinderathsglieder in freudlichem Tone zu ihm sprechen. Vielleicht empfiehlt es sich, den Gemeinderathsgliedern vorzuschreiben, daß sie bei ihren Reden, insofern es sich um den Bürgermeister handelt, ihn nur mit folgenden Worten anreden dürfen: „Allerdurchlauchtigster, gnädigster Herr Selbstherrlicher aller Gutiner!“ — Wie uns jedoch mitgetheilt wird, hat der Gemeinderath in seiner gestrigen Sitzung den oben erwähnten Zuschuß von 5000 Mk. zu den Kosten des Gymnasiums abgelehnt. Ob die Regierung jetzt wohl das Gymnasium schließen wird?

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Weil er einem arbeitswilligen Zimmerer mehrere Faustschläge verlegt haben soll, verurtheilte die Hamburger Strafkammer den Zimmerer D. zu 4 Monaten Gefängnis. (1) D. bestritt entschieden, der Thäter gewesen zu sein. — In Ueterjen (Holstein) erklärte die Polizeiverwaltung einen vom Kartell arrangirten Rezitations-Abend mit dem Rezitator Wallotte als eine politische Vereinsversammlung des Kartells. Deshalb sollen die Frauen von den Männern räumlich getrennt sitzen, anderenfalls erfolgt die Auflösung. Dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung grenzt bald ans Unbegreifliche! — Ueber 3000 Personen protestirten in Bremen gegen die Gewaltpolitik der Zollwucherer. — Auf dem Bremer Vulkan in Begeß sind wegen Akkordlohnabzügen und Maßregelung eines Mieters Differenzen ausgebrochen. Die Maßregelung ist zurückgenommen worden, die Lohnreduktion jedoch nicht. Zugang von Mietern und Stemmern ist fernzuhalten!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Vom Eise durchschnitten wurde in Hamburg eine holländische Ruff. Die Mannschaft ist gerettet. — Zwei bei dem Oberchweizer in Rudorf bei Röbel (Mecklenb.) in Dienst stehende junge Leute geriethen bei einer Schlittenpartie auf der Außenmitz in der Nähe des Bolterkanals in eine offene Stelle und ertranken. — Die Bremer Bürgerchaft nahm eine Senatsvorlage auf Vorbereitung einer Grundwasserentwässerung an und bewilligte hierzu 30000 Mark. — Wahrscheinlich aus dem Zuge geführt ist in Bremen ein unbekannter Mann, der mit schweren inneren Verletzungen zwischen den Geleisen aufgefunden wurde.

Neustadt i. S. Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung fand hier am Sonntag statt, in der Genosse Bartels-Lübeck über die damentliche Wirthschaftsjunktur referirte. Trotz des schlechten Wetters war die Versammlung sehr gut besucht und fand der Vortrag großen Beifall. Nach dem Vortrag sprach Genosse Perjon aus Lübeck über: „Organisation und Agitation“. Er forderte die Anwesenenden zum Anschluß an die Organisation auf.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an Heinrich Haiborg und Frau, geb. Schacht.

Per Bu'all zum 1. Januar eine febl. Wohnung zu vermieten Näheres Lufowstraße 17, 1.

Junger Handwerker sucht Beschäft. wogend welcher Art Off. u. H R an die Exped. d. Bl.

Frauen zum Zeitungsaustragen gesucht. Moislinger Allee 4a.

Ein neues Vertikow u. Kommode zu verkaufen Hundelstraße 88, 1.

Ein polirtes Vertikow billig zu verkaufen St. Annenstraße 10, 1.

1 gutes Herren-Fahrrad 75 Mk. 1 Violin-Bogen und Saiten 15 Mk. zu verkaufen Moislinger Allee 21.

Bu'all! 1 herrschaftliche Garnitur, 1 Sopha, 2 gr. Sessel, 4 Stühle, eleg. Bezug, wenig gebraucht, sofort für 100 Mk. zu verkaufen. Vertikow, Trumeau, Tisch, Bettstellen billig. Wedergrube 50, part.

Eine Damen-Uhr verloren von der Post bis in die Gemenstraße. Abzugeben Gemenstraße 69.

zu verkaufen Petroleumöfen u. ein Spiel-Automat, 28 Platten Cronsförder Allee 65 a.

am 13. v. Mts. von einem Hamburger Stellenvermittler gegen freie Kost und Logis und Trinkgeld für den Beklagten angenommen worden. Er kündigte zum 13. d. Mts., wurde jedoch am 6. bereits entlassen. Nunmehr forderte er eine Entschädigung für Kost, Logis und Trinkgeldeausfall. Da festgestellt wurde, daß bei Eingang des Arbeitsverhältnisses Kündigung ausgeschlossen worden ist, wurde Kläger, mit Ausnahme von 15,75 Mk. für die vom Beklagten anerkannte Logisgeldforderung, abgewiesen. — Mit einem Vergleich endete die Klage des Tischlers H. gegen den Tischlermeister H. Die Forderung des Ersteren erstreckte sich auf Zahlung von 15,20 Mk. Lohn für 38 Arbeitsstunden. Da die vom Kläger anerkannte Arbeitsordnung besagt, daß für unbrauchbare Arbeit kein Lohn bezahlt wird, und dieser auch selbst die Mangelhaftigkeit der Arbeit zugab, einigten sich die Parteien auf Zahlung von 6 Mk. — Ein sonderbarer Entlassungsgrund war es, der von der Firma F. G. u. Co. gegenüber dem Steindruckereim zur Anwendung gelangte. Kläger, der bereits früher drei und ein halbes Jahr bei der Firma in Arbeit gestanden hatte, kündigte am 2. Oktober das Arbeitsverhältnis zum 16. Dezember. Er wurde jedoch bereits am 6. d. Mts. entlassen, weil durch sein Verschulden eine Maschine schwer beschädigt sein sollte. Das Klageobjekt beträgt für 16 1/2 Tage ca. 80 Mk. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die Maschine nicht vom Kläger, sondern von einem diesem unterstellten Arbeitsburschen ohne Wissen und Willen des Ersteren angefaßt und beim Abstellen beschädigt worden ist. Der Schaden soll angeblich 300 Mk. betragen. Schließlich einigten sich die Parteien dahin, daß Beklagte auf Schadensersatzansprüche für die Maschine verzichteten und 30 Mk. an Kläger zahlen.

Personalien. Der Senat hat dem Gerichtsschreiber beim hiesigen Landgericht E. G. F. Schlichting den Titel „Landgerichtsschreiber“, dem Gerichtsschreiber beim hiesigen Amtsgericht C. F. A. Horstmann den Titel „Amtsgerichtsschreiber“ und dem Bureauvorsteher bei der Staatsanwaltschaft A. G. F. Schneider den Titel „Staatsanwaltschaftsschreiber“ verliehen. — Dafür können sie sich aber nichts kaufen!

Angehobene Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fischhändlers A. P. Knaack ist nach erfolgter Schlussverteilung aufgehoben worden; desgleichen das Verfahren über das Vermögen des Wirtshausbesizers J. A. G. Hoff.

Güterkenntnis haben nach einer Eintragung in das Güterrechtsregister der Zimmermann F. Th. S. Westphal und Frau vereinbart.

pb. Vermittler Knabe. Seit dem 8. d. Mts. wird von auswärtig ein Schüler vermittelt. Er ist 13 Jahre alt, 1,65 Meter groß und ist mit grüner Jägerjoppe mit Schnalle auf dem Rücken, kurzer blauer Hose, schwarzen Strümpfen, Schnürschuhen und grüner Schülermütze bekleidet. Die Angehörigen bitten um Inhaftung und Mittheilung an das hiesige Polizei-Amt.

pb. Abhanden gekommen. Von einem hiesigen Kaufmann wurde Anzeige erstattet, daß ihm von seinem an der Untertrave beim Schuppen 3 haltenden Wagen ein Preisfingerring abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen sei.

pb. Sachbeschädigung. Zur Anzeige gebracht wurde ein Maurerlehrling, der sich der Sachbeschädigung schuldig machte.

pb. Diebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein zugereiteter Korbmacher aus Reiff, der einem an der Wittenstraße wohnhaften Trödler ein Paar neue Schreitstiefel gestohlen. Der festgenommene Dieb hatte ein Ovingglas in schwarzem Futteral mit Riemen bei sich, welches auch aus einem Diebstahl herrühren dürfte. Das Glas trägt an einem Rohr die Firma „E. Krauß u. Co. Paris“ und an dem zweiten Rohr die Bezeichnung „Jumelle Perfectionnée, Argus“. Der unbekanntes Eigentümer wolle sich im Polizei-Amt bei der Kriminal-Abtheilung melden.

Schwarzaus-Rausfeld. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, den 14. Dezember, findet die Kalenderverbreitung statt. Die Genossen, welche an der Verbreitung theilnehmen wollen, werden aufgefordert, am Sonnabend Abend 8 1/2 Uhr im Gasthause „Transvaal“ zu erscheinen. Alle Mann am Platz!

Entin. In der letzten Gemeinderathssitzung lag ein Schreiben des Mitgliedes Höpner vor, nach welchem ein Beschluß des Gemeinderaths darüber herbeigeführt werden sollte, daß der Bürgermeister Auskunft über die Vermögens Angelegenheit und über die Lagerung der 10—13 Waggon Kupfsteine auf dem Hofe des Georg-Hospitals geben möge. Der Bürgermeister erklärte: Er habe dem Hmi allerdings die Steuern gestundet gehabt; jetzt aber sei alles regulirt worden. Hinsichtlich der Lagerung der Steine habe er zu bemerken, daß dieselben Eigentum der Firma Jäbe in Lübeck seien. Die betr. Schriftstücke lege er auf den Tisch des Hauses nieder, damit sich Jeder überzeugen könne. Jäbe sei seitens des Lübeckischen Staates der dortige Lagerplatz geländigt worden; deshalb habe er sich nach Entin gewandt. Die jämmtlichen Unkosten, Lagermiete u. v. d. m. würden von Jäbe

bezahlt. Der Gemeinderath erklärte sich mit dieser Auskunft einverstanden. Mit Recht wurde seitens des Mitgliedes Brede darauf hingewiesen, daß der Bürgermeister richtiger gehandelt hätte, wenn er s. B. bei Erörterung der Angelegenheiten im Gemeinderath Aufklärung gegeben hätte. Der Bürgermeister gab hierauf die etwas sonderbare Antwort: „Ich habe das neulich nur für persönliche Epochen seitens des Herrn Höpner gehalten. Gätte man mich im freundlichen Ton zur Rede gestellt, dann wäre meinerseits auch damals schon Aufklärung gegeben worden. Rechtsanwält Böhmer bezeichnete es als nicht gerade sehr schön, wenn alle die internen Angelegenheiten des Gemeinderaths in den „Lübecker Volksboten“ launirt würden; er müsse es sehr bedauern, daß so etwas vorkommen könne. Der Herr will in der nächsten Gemeinderathssitzung die Gutiner Gemeindeangelegenheiten betreffenden Notizen des „Volksboten“ vorlesen will; dann bekommen die Herren wenigstens einmal die Wahrheit zu hören. — Die Stellungnahme des Bürgermeisters wirkt sehr befremdend! Er wünscht, daß die Gemeinderathsglieder in freudlichem Tone zu ihm sprechen. Vielleicht empfiehlt es sich, den Gemeinderathsgliedern vorzuschreiben, daß sie bei ihren Reden, insofern es sich um den Bürgermeister handelt, ihn nur mit folgenden Worten anreden dürfen: „Allerdurchlauchtigster, gnädigster Herr Selbstherrlicher aller Gutiner!“ — Wie uns jedoch mitgetheilt wird, hat der Gemeinderath in seiner gestrigen Sitzung den oben erwähnten Zuschuß von 5000 Mk. zu den Kosten des Gymnasiums abgelehnt. Ob die Regierung jetzt wohl das Gymnasium schließen wird?

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Weil er einem arbeitswilligen Zimmerer mehrere Faustschläge verlegt haben soll, verurtheilte die Hamburger Strafkammer den Zimmerer D. zu 4 Monaten Gefängnis. (1) D. bestritt entschieden, der Thäter gewesen zu sein. — In Ueterjen (Holstein) erklärte die Polizeiverwaltung einen vom Kartell arrangirten Rezitations-Abend mit dem Rezitator Wallotte als eine politische Vereinsversammlung des Kartells. Deshalb sollen die Frauen von den Männern räumlich getrennt sitzen, anderenfalls erfolgt die Auflösung. Dieses Vorgehen der Polizeiverwaltung grenzt bald ans Unbegreifliche! — Ueber 3000 Personen protestirten in Bremen gegen die Gewaltpolitik der Zollwucherer. — Auf dem Bremer Vulkan in Begeß sind wegen Akkordlohnabzügen und Maßregelung eines Mieters Differenzen ausgebrochen. Die Maßregelung ist zurückgenommen worden, die Lohnreduktion jedoch nicht. Zugang von Mietern und Stemmern ist fernzuhalten!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Vom Eise durchschnitten wurde in Hamburg eine holländische Ruff. Die Mannschaft ist gerettet. — Zwei bei dem Oberchweizer in Rudorf bei Röbel (Mecklenb.) in Dienst stehende junge Leute geriethen bei einer Schlittenpartie auf der Außenmitz in der Nähe des Bolterkanals in eine offene Stelle und ertranken. — Die Bremer Bürgerchaft nahm eine Senatsvorlage auf Vorbereitung einer Grundwasserentwässerung an und bewilligte hierzu 30000 Mark. — Wahrscheinlich aus dem Zuge geführt ist in Bremen ein unbekannter Mann, der mit schweren inneren Verletzungen zwischen den Geleisen aufgefunden wurde.

Neustadt i. S. Eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung fand hier am Sonntag statt, in der Genosse Bartels-Lübeck über die damentliche Wirthschaftsjunktur referirte. Trotz des schlechten Wetters war die Versammlung sehr gut besucht und fand der Vortrag großen Beifall. Nach dem Vortrag sprach Genosse Perjon aus Lübeck über: „Organisation und Agitation“. Er forderte die Anwesenenden zum Anschluß an die Organisation auf.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an Heinrich Haiborg und Frau, geb. Schacht.

Per Bu'all zum 1. Januar eine febl. Wohnung zu vermieten Näheres Lufowstraße 17, 1.

Junger Handwerker sucht Beschäft. wogend welcher Art Off. u. H R an die Exped. d. Bl.

Frauen zum Zeitungsaustragen gesucht. Moislinger Allee 4a.

Ein neues Vertikow u. Kommode zu verkaufen Hundelstraße 88, 1.

Ein polirtes Vertikow billig zu verkaufen St. Annenstraße 10, 1.

1 gutes Herren-Fahrrad 75 Mk. 1 Violin-Bogen und Saiten 15 Mk. zu verkaufen Moislinger Allee 21.

Bu'all! 1 herrschaftliche Garnitur, 1 Sopha, 2 gr. Sessel, 4 Stühle, eleg. Bezug, wenig gebraucht, sofort für 100 Mk. zu verkaufen. Vertikow, Trumeau, Tisch, Bettstellen billig. Wedergrube 50, part.

Eine Damen-Uhr verloren von der Post bis in die Gemenstraße. Abzugeben Gemenstraße 69.

zu verkaufen Petroleumöfen u. ein Spiel-Automat, 28 Platten Cronsförder Allee 65 a.

Cognac, Rum und div. Weine

Cigarren

100 Stück von Mk. 3,50 an

Lucca

Cigarretten, 10 Stck. 10 Pfg.

Otto Fehlaue

Fackenburg Allee 32.

ff. Kopffleisch

Leberwurst Stk. 10 Pfg.

Brodwurst Stk. 10 Pfg.

sowie jeden Sonnabend:

Warme Knadwurst

empfehl

Heinr. Viereck, Hüßstraße 98

Tannenbäume

billig! billig! Moislinger Allee 10 a. Paul Weitzke. Hertha Walther.

Bis Weihnachten

wird ein solcher Vor bei Einkäufen über 10 Mark mit 1 Mark an unserer Kasse in Zahlung genommen.

Zeit Herren- u. Knab.-Garder. zu halben Preisen.

Welthaus „Goldene 33“

Breitestr. 33, 1. Etg. Weihnachts-Bon 1 Mark.

Pa. Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch und Schweinefleisch

empfehl stets frisch zu billigen Preisen.

Fritz Möller

86 Wafenstrasse 86.

Empfehle heute Morgen und Abend

in der Markthalle

Stand 24

prima Hammelfleisch, Kalbfleisch u. Rindfleisch

ausnahmsweise billig.

Albert Hidde.

Christbaumschmud

Lichte u. Lichthalter

Wall- und Haselnüsse

Feigen, Datteln, Traubrosinen

Tannenbaum-Cakes.

Otto Fehlaue

Fackenburg Allee 32.

Empfehlungs-Karten

liefert prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Pa. fettes Suppenfleisch,

dicke Flocken,

sowie schöne Bratenstücke, Rauchfleisch u. verschiedene Würstchen.

Bon 5 Uhr an: **Geisse Knadwurst**

Johs. Fischer

Engelstisch 52.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. Dezember 1902.

24. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.
(Schluß.)

Gothein (SPd.): Es entspricht ganz dem bisherigen Verhalten der Mehrheit, daß sie sich auch hier, wo es sich um die materielle Behandlung des Tarifs handelt, des Redens enthält, wahrscheinlich um nachher die Linke der Opposition beschuldigen zu können. Als Herr v. Kardorff von einer en bloc-Annahme des Tarifs sprach, erklärte Herr Wassermann, davon könne nicht die Rede sein; der ganze Tarif könne in den Antrag Kardorff hineingearbeitet werden. Heute aber hat Herr Wassermann — den ich nach seiner rhetorischen Leistung nicht mehr auf seinem Plage gesehen habe (Weiterkeit links) — erklärt, Abänderungsanträge würden nicht mehr angenommen. Herr v. Kardorff hat also doch Recht behalten. Damals trug Herr Wassermann über dem rothen Wamms des Scharfrichters noch die schwarze Kutte; sie war allerdings schon faden-scheinig genug und Herr Wassermann war hinreichend unvorsichtig, sie ein wenig zu lästern (Weiterkeit u. Zustimmung links). Heute liegt der wahre Charakter des Antrags Kardorff zu Tage. Der angefehene nationalliberale Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Krause, hat erklärt, etwas Rabulistikeres als die Begründung der Zulässigkeit des Antrags Kardorff sei ihm noch nicht vorgekommen; eine anerkannte Leuchte der juristischen Wissenschaft, Prof. v. Bisat, hat erklärt, es handle sich hier nicht allein um einen Rechtsbruch, sondern um die Verletzung von Ehren und Glauben. (Hört, hört! u. sehr richtig! links). Einer Mehrheit, die uns für die zweite Lesung Beratung ex fundamentis verspricht, und dann die Beratung abschneidet, kann wir überhaupt nicht mehr trauen. Noch vor ein paar Wochen erklärte Herr Dr. Sattler der Tarif werde nicht zustande kommen, weil die Mehrheit nicht wolle. Es ist ja nicht einmal der Versuch gemacht worden, über die geschäftliche Behandlung eine Verständigung im Senioren-Konvente herbeizuführen. Man hat immer behauptet, wir hätten Obstruktion gemacht, keinen Schatten eines Beweises hat man für diese Behauptung vorgebracht; durch ihre ewige Wiederholung wird diese Behauptung nicht wahrer. Die Mehrheit ist Schritt für Schritt auf ihrer ungeheuerlichen Bahn weitergegangen; wenn jetzt der Präsident genötigt ist, nach 5 Minuten einem Geschäftsordnungsrädel das Armenfürsorgegesetz zu läuten, so ist damit der Parlamentarismus direkt ins Lächerliche gezogen. Sehr wahr! links). Der Vertreter der reaktionären Mehrheit, ich meine Herrn Wassermann (Weiterkeit), hat es für notwendig erklärt, aus diesem Wirrwarr herauszukommen. Hätte man den Zolltarif abgelehnt, so wäre man aus dem Wirrwarr herausgekommen. Ueber der Winterlandwirtschaft unseres Wirtschaftslebens schwebt jetzt der Bleiteiger. Dieser unsinnige Zolltarif wird die Noth aufs Schlimmste verschärfen. Wie oft hat die Regierung nicht die verschiedensten Kommissionsbeschlüsse, z. B. die Unterscheidung von Futter- und Braugerste für unannehmbar, für unausführbar erklärt. (Hört, hört! links). Und jetzt soll das unerhörte, vom Ministerthum, vom Handelsminister Müller gebrauchte Zeug in Ramsch angenommen werden! Die Zölle auf Blumen und Küchengewächse hat laut Herrn v. Richterhofen die italienische Regierung als gänzlich unannehmbar bezeichnet; als ebenfalls unannehmbar bezeichnet unsere Regierung in der Kommission den Pflastersteinsoll. Und jetzt: laudabiter se subieci! Sie unterwirft sich läßlich! Wer sich auf eine solche Regierung verläßt, ist in der That verlassen genug! (Sehr gut! und lebhaft Zustimmung links). Unsere Regierung befindet sich in vollständiger Abhängigkeit von der konservativen Partei; unser ganzer Verwaltungsapparat ist konservativ durchdrungen. (Große Unruhe und Gelächter rechts. Rufe: Zur Sache, zur Sache! Zolltarif!) Die Konservativen sind viel klügere Leute (Abg. Dr. Dertel ruft: Sehr richtig! Weiterkeit) als die Industriellen. Die Industriellen verlassen sich auf die Regierung; die Konservativen thun das nicht, sie verlassen sich auf ihre eigene Energie, wissen sie doch, daß der ganze Verwaltungsapparat bis herab zu den Gendarmen zu ihrer

Verfügung steht. Unter Ihrem (nach rechts) Einfluß hat die Regierung alle die Leute in Stich gelassen, die ihres Schutzes am meisten bedürfen: die kleinen Leute und die Arbeiter. Würden die Wähler durch die Erfahrung klug werden, so würden sie nicht wieder die Dummheit begehen, Sie (nach rechts) nach hier zu schicken. (Abg. Dr. Dertel lacht). Auch Sie, Herr Dertel, rechnen darauf, daß Ihre Wähler doch wieder die Dummheit machen und Sie wieder wählen. — Die Geschichte sollte eigentlich eine Lehrmeisterin sein. Aber die Herren, die man nur bei ganz besonderen Haupt- und Staatsaktionen hier sieht, (Sehr richtig! links. Gr. Unruhe rechts) sowie der Reichskanzler und die Staatssekretäre scheinen allerdings aus der Geschichte nichts gelernt zu haben, sonst würden sie die bösen Erfahrungen kennen, die man in England mit dem agrarischen Schutz-zoll gemacht hat. Der Agrarschutz-zoll in England ist schließlich aufgehoben worden in erster Linie nicht der Konsumtion, sondern der Landwirtschaft wegen. Sie (zu der Mehrheit) sind schlimmer als die Bourbonen, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. (Gelächter rechts). Eine sachliche Diskussion hat jetzt keinen Zweck mehr. Stellen wir etwa weitere Zusatzanträge, so würden Sie in der Form einer neuen Geschäftsordnungsänderung eine neue Guillotine errichten. (Mehrfache Rufe: Sehr richtig! rechts). Ihnen ist es ja ganz egal, was aus der Geschäftsordnung, aus dem Parlamentarismus wird, wenn Sie nur Ihren Wählern das Weihnachtsgeschenk mitbringen, das Sie ihnen versprochen haben: aus den Taschen der Allerärmsten im Lande! (Lärmendes Hohngelächter b. d. Mehrheit.) Ihnen ist ja alles gleichgültig, wenn nur das Interesse der Großgrundbesitzer gewahrt wird! (Lebh. Zustimmung links; Unruhe rechts). Unser Stolz wird es stets sein und bleiben, daß sich noch im deutschen Bürgerthum eine Partei gefunden hat, die hier gekämpft hat für das Wohl der Armen, der Arbeiter, der kleinen Beamten! Sie (zur Mehrheit) haben es mit Hilfe der ärgsten Vergewaltigungen selbst gebracht, den Tarif durchzusetzen, zum großen Schaden des Landes. Indem wir das mit Bedauern konstatieren, sind wir doch noch stolz darauf, den Ehrenschild des Liberalismus blank gehalten zu haben. (Lebhafte Beifall links; höhnisches, lärmendes Gelächter bei der Mehrheit.)

Liebermann v. Sonnenberg (N.): Da ich nicht weiß, ob der Ausdruck „Heuchelei“ auf einen Abgeordneten angewandt, parlamentarisch zulässig ist, so werde ich mich hüten, dies zu thun. (Weiterkeit rechts). Die Klagen des Herrn Bebel über die schlechte Behandlung der Linken sind unberechtigt, denn wir haben zusammen mit den Kommissionsmitgliedern 159 Tage über den Zolltarif beraten. Wenn ich den Zolltarif für etwas Gutes hielt, so würde ich der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung sagen: Sie sind ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“ Der Sozialdemokratie hat es die Regierung zu danken, wenn sie diesen Zolltarif erhält. Wie ernst es der Sozialdemokratie mit der Redefreiheit ist, beweist die Thatfache, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle 1890 40 Redner müdtodt gemacht wurden. Wir sind Gegner des Antrags Kardorff, halten ihn für geschäftsmäßig unzulässig. In dem Antrag Kardorff sind Forderungen aufgegeben, die für die deutsche Landwirtschaft unbedingt notwendig waren. Die wenig entgegenkommenden Worte des Herrn Reichskanzlers werden nicht viel zur Beruhigung beitragen. Wir glauben ja, daß er ein gutes Herz für die Landwirtschaft hat, aber die Thaten sind bisher ausgeblieben. Für einzelne der vorliegenden Anträge würden wir stimmen. Zu den umfangreichen Amendements Albrecht kann ich keine Stellung nehmen, ich kenne sie nicht, aber ich stimme dagegen. (Weiterkeit.) Für die Resolution Albrecht auf Verbot der gewerblichen Suchtbauarbeiten werden wir stimmen, schon um der Sozialdemokratie unsern Dank für das Zustandekommen des Tarifes auszusprechen. Denn Herrn Singer zum Dank zum Kammerherrn zu ernennen, ist doch nicht gut möglich. (Weiterkeit rechts.)

Hierauf wird ein Schlußantrag der Mehrheit mit 195 gegen 113 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.
Antrich (SD): Ich konstatiere, daß durch die Annahme des Diskussionschlusses seitens der Mehrheit das Wort, das Herr Wassermann im Namen der Mehrheit hier

abgegeben hat, gebrochen ist, (Sehr richtig! links) und daß ich dadurch verhindert bin, hier weitere Ausführungen zu machen.

Höfde-Deffau (SPd.): Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert worden, einen durchaus sachlichen Antrag zu begründen. Die Mehrheit ist damit von Neuem von einem jahrelangen Brauch des Hauses abgewichen und hat gezeigt, daß sie selbst die kleinlichsten Mittel nicht verschmäht, die Verabschiedung der Vorlage so schnell als möglich zu erreichen. Meine Freunde empfinden je länger desto mehr Genugthuung darüber, daß es ihnen gelungen ist, die Mehrheit zu veranlassen, ihr wahres Antlitz zu zeigen (Lachen b. d. Mehrheit. Sehr gut! links) und damit dem deutschen Volke zu beweisen, daß diese Mehrheit nicht nur reaktionär bis auf die Knochen ist, sondern auch vor den brutalsten Gewaltthaten nicht zurück-schreckt. (Bravo! links.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen der Mehrheit dieses Hauses nicht vorwerfen, daß sie vor brutalen Gewaltthaten nicht zurückschreckt. (Auf links: Aber wahr bleibt es doch!)

Mollenbuh (SD): Auch mir ist das Wort abgeschnitten worden. Was ich sagen wollte, die Mehrheit hat damit nur bewiesen, daß sie eine sachliche Beratung der Vorlage verhindern will. (Sehr richtig! links.)

Bassermann (N.) erklärt, in einem Stadium der Berathung gesagt zu haben, wie lange die Verhandlung über den Antrag Kardorff ausgebehrt werden soll. (Ohl links. Sehr richtig! b. d. Mehrh.)

Beck-Coburg (SPd.) erklärt durch den Schlußantrag verhindert zu sein, die Interessen der Spielwaren-Industrie und des Hopfenmarktes zu vertreten.

Singer (SD): Herr Wassermann hat gesagt, es werde beim Antrag Kardorff Gelegenheit sein, über alle Einzelheiten zu debattieren und jeder werde in der Diskussion zu seinem Rechte kommen. (Beifall und Sehr richtig! links.)

Fuhangel (Z.): Herr Bebel hat einen Artikel aus der „Westdeutschen Ztg.“ zitiert. Ich bin lediglich Verleger dieses Blattes und habe auf die Redaktion nur einen beschränkten Einfluß. Der Vorwurf des Terrorismus bezog sich nicht auf die Fraktion, sondern auf gewisse Versammlungen, in denen gegenheftige Meinungen in allerdings nicht schöner Weise niedergekämpft worden sind. Ich habe den Artikel nicht geschrieben.

Bebel (SD): Das habe ich auch nicht behauptet. Was ich über den Inhalt des Artikels gesagt habe, halte ich aufrecht. Herr Fuhangel wird ihn übrigens morgen im „Vorwärts“ nachlesen können.

Präsident Graf Ballestrem theilt mit, daß ein Antrag Dr. Spahn vorliegt, über sämtliche Abänderungsanträge zum Antrag Kardorff zur Tagesordnung überzugehen. Es sind dies die Abänderungsanträge Bargmann, Gaußmann-Böblingen, Hoffde-Deffau und die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion.

Dr. Spahn (Z.): Ich bitte um Annahme meines Antrages. (Bravo! bei der Mehrheit. Lautes Gelächter links.)

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort gegen ... wird nicht verlangt.

Der Antrag Spahn wird mit 202 gegen 119 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschloffen.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, nunmehr die Abstimmung über den Antrag Kardorff und dann die Abstimmung über den § 1 des Tarifgesetzes vorzunehmen.

Dr. Barth (SPd.) beantragt eine Theilung der Abstimmung in der Weise, daß über alle Abänderungen, die im Antrag Kardorff an den Kommissionsbeschlüssen über die Zollsätze vorgenommen werden, besonders abzustimmen, da im Hause Abgeordnete vorhanden sind, die mit den Zollherabsetzungen im Antrag Kardorff einverstanden sind, im übrigen den Antrag Kardorff aber aufs Newerste bekämpfen.

von Kardorff (SPd.): Ich widerspreche der Theilung.

Beide Abstimmungen sind namentliche. Während der Abstimmung über den Antrag Kardorff — der hundredsten nach dem Richtigeren Verfahren — wird ein Blumenkranz auf den Platz der Schriftführer gestellt. An der Abstimmung über den Antrag v. Kardorff betheiligen sich

Ihr Gatte.

Roman von G. Verga.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Italienischen von Ffolbe Kurz.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Beide waren verlegen, beide wurden roth, als sie sich einmal in einem langen Blick begegneten. Wie eine leuchtende Flamme zog die Röthe über Elenas durchsichtig blaues Gesicht. Fast unwillkürlich blinzelte sie nach der Mutter hinüber, und dieser blitzschnelle Blick enthielt für den Jüngling eine ganze Offenbarung.
Was jetzt hatte er nie ein Wort mit ihr gesprochen, das Camilla, die zwischen der Schwester und dem Vetter saß, ohne die Augen von der Stickerie zu wenden, nicht hätte hören können.

Es war an einem Abend, als Don Viborio länger als gewöhnlich ausblieb und Donn' Anna ihn auf dem Balkon erwartete, daß er die ersten schwächlichen Worte an sie zu richten wagte.

„Ist Ihre Mutter böse auf mich?“ Elena schüttelte den Kopf, blieb aber in Gedanken versunken und küßte die Stirn auf die Hand. „Verzeihen Sie mir, Elena“, sagte er nach einer langen Pause hinzu.

Da ergriff das Mädchen schüchtern und verstoßen seine Hand und drückte sie fest, ohne ihn anzusehen.

Von diesem Augenblick an begann für ihn ein neues Leben, ein Traumleben, aus dem die Anforderungen des Tages ihn mit herzbeulemenden Sorgen aufweckten. Er machte Schulden bei seinen Kameraden und Freunden, beim Schneider, bei der Bäckerin, um immer gut gekleidet zu sein und wie Roberto Handschuhe tragen zu können. So oft er nach Hause schrieb, mußte er lügen und Vorwände erfinden, um sich Geld schicken zu lassen, das schon ausgezehrt war, bevor es ankam. In den bescheidenen Verhältnissen, in denen er bis jetzt gelebt, hatte er niemals die peinlichen

Sorgen inmitten der anspruchsvollen Indifferenz einer Großstadt empfunden. Wie oft hatte er in traurigen, müßigen Stunden allein in seinem Kämmerchen, die Ellbogen auf den Tisch gestemmt und das Gesicht in die Hände vergraben, wie an eine Dase an die weite Landschaft gedacht, die sich in Altavilla vor seinem Fenster dehnte, an das friedliche Stillleben seiner Heimath, wo sogar der Fußschlag eines Pferdes und der dröhnende Fußtritt der Bauern auf dem Pflaster der elenden Gäßchen bekannte und liebe Leute waren. Die Thränen traten ihm in die Augen, wenn er die Photographien seiner Verwandten betrachtete, die in ihrem Sonntagstaat steif und verschwommen neben Elenas Bild an der Wand hingen.

Wenn er jetzt bei Don Viborio war, so kam ihm alles anders vor, und er selbst fühlte sich innerlich verändert. Donn' Anna bewachte Elena mit Argusaugen, warf lange trostlose Blicke auf sie, als wolle ihr Mutterherz zerpringen. Wenn alle besangen schwiegen, konnte plötzlich Camilla, gelassen wie immer, dem Vetter ein paar halblauter Worte zuflüstern, als wäre sie in der Kirche, und ihre ruhige Stimme klang dann fast mysteriös durch die peinliche Stille. Auch Don Viborio war nicht mehr derselbe; er ließ radikale Phrasen los, schoß drohende Blicke aus dem ehrwürdigen, vom weißen Bart umrahmten Gesicht hervor, zog sich die gestrickte Mütze über die Stirne herunter und schnappte ganz furchterlich von einer Spielpartie zur andern. Elena sah auf ihr Buch oder ihre Arbeit gebeugt; traurig wie ein Opferlamm bestete sie die Blicke auf Cesare, so oft sie das Köpfehen erhob, ihr Busen schwell, daß die Spitzen sich bewegten, als wären sie lebendig. Auch das Klavier schwieg seit Wochen und in dem Salon, wo man nichts vernahm als das Wischen der Karten und das Klirren von Camillas Kadeln, war noch Roberto am heitersten, der neben ihr saß und ihre Hände betrachtete, die gleichmäßig das Schiffschiff drehten.

Diese able Banne streckte alles an. Sogar das Spiel

mußte darunter leiden, Don Viborio mißte verdrücklich die Karten und Donn' Anna brach einmal mitten im Spiel ab und fragte den jungen Mann, wann er denn seine Progreß beginnen werde, ob man in seiner Familie Pläne für die Zukunft mache, ob seine Schwestern sich vor ihm verheiraten würden usw. Don Viborio fügte den Ellbogen auf den Tisch, hielt die Mütze in den Händen und hörte schweigend zu. Schließlich bemerkte er, die erste Pflicht eines Ehrenmannes sei, eine Familie zu gründen, und ein Advokat, der das Vertrauen der Leute erwerben wolle, müsse vor allen Dingen eine Frau nehmen.

Roberto, der seit sieben Jahren auf eine Beförderung am Fintelhaus wartete, um heirathen zu können, nickte zustimmend.

„Für eine Familienmutter,“ fuhr Donn' Anna fort, „ist es kein Bethe, die Kinder zu verlieren. Ich weiß, was es heißen will, heirathsfähige Töchter zu haben. Da muß man immer die Augen offen halten. Ich sage das nicht Thretwegen, Cesare, Sie sind ein Ehrenmann. Aber es ist keine Kleinigkeit, Gott sieh mir bei!“

Und Don Viborio, der mit seiner Labakdose in der Hand auf und ab ging, fügte bei:

„Unsere Gesehgebung ist mangelhaft, weil sie den Vertrauensbruch nicht hinlänglich bestraft. Wer das Vertrauen und die Gassefreundschaft einer ehrbaren Familie mißbraucht, gehet auf die Galeere.“ Ober: „Ich möchte wohl wissen, was man für jetzt da die Geschworenengerichte eingesetzt sind, antworten würde, wenn ich mir selbst Recht verschaffen wollte.“

In einem solchen Augenblick war es, nachdem der Papa sich wieder in sein Spiel vertieft, daß Elena Cesare Harz ätzend ihm mit jenem eigenen Ton zusäuferte:

„Ich fürchte mich.“

Viertes Kapitel.

Der Onkel Luigi telegraphirte nach Altavilla, was der

329 Abgeordnete, davon stimmen mit Ja 184, mit Nein 145, der Abstimmung enthalten sich 9 Abgeordnete. (Vgl. Ziele: Eine Mehrheit, die nicht einmal für sich beschlussfähig ist.)
Der §. 1 des Zolltarifgesetzes wird mit 182 gegen 136 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.
Damit ist die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes erledigt.
Die Petitionen werden auf Antrag Spahn bis zur dritten Lesung zurückgestellt.
Hierauf tritt Vertagung ein.
Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: Dritte Lesung des Zolltarifs.
Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die amtliche Liste über die namentlichen Abstimmungen bringt als definitives Resultat der Abstimmung über die lex Groeber folgendes: Gestimmt haben 306 Abgeordnete, davon 206 mit ja, 92 mit nein, der Abstimmung enthalten haben sich 6, ungültig waren 2 Stimmen. Die National Liberalen haben der Ankündigung ihres Führers entsprechend sämmtlich mit ja gestimmt. Dissidenten sind unter ihnen dieses Mal nicht wie bei der lex Reichsler und bei der Frage der geschäftsordnungsmäßigen Zulässigkeit des Antrags Kardorff; man mußte denn annehmen, daß bei den Abgg. Dr. Semler, Duentin, Schlumberger, Sieg, die an der Abstimmung nicht theilgenommen haben, eine Absichtlichkeit vorliegt. Vizepräsident Büsing hat sich seiner amtlichen Stellung wegen ebenso wie der Vizepräsident Graf Udo Stolberg der Abstimmung enthalten. Präsi. Graf Halleprems hat überhaupt nicht mitgestimmt. Die Polen haben sämmtlich mit nein gestimmt, ebenso die Antisemiten mit Ausnahme des Abg. Voge, der sich der Abstimmung enthalten hat. Die kleine Fraktion der Welfen hat ganz verschieden gestimmt. Soweit die Welfen Hospitanten des Zentrums sind, haben sie mit Ausnahme des Abg. v. Arnswaldt Hardebolle, der nicht mitgestimmt hat, sämmtlich mit Ja gestimmt; soweit die Welfen eine eigene Gruppe bilden, hat der Abg. Frhr. v. Schele-Wunstorff sich der Stimme enthalten und der Abg. Graf Bernstorff-Neuzen mit ja gestimmt. Abg. Frhr. v. Hohenberg fehlte. Die Elässer haben bis auf den Abg. Preiß, der mit „nein“ gestimmt, und der Abg. Winterer, der sich der Stimme enthalten hat, mit der Mehrheit gestimmt. Der Sohn des früheren Reichskanzlers, Prinz zu Hohenlohe hat sich der Abstimmung enthalten. Der Abg. Prinz Schönau-Carolath, der Hospitant der National Liberalen ist, hat in der Sitzung überhaupt gefehlt, und der wld-liberale Abg. Schwarz-München hat mit „nein“ gestimmt.

Ein Deutscher aus Sachsen ausgewiesen! Daß man aus dem unglücklichen Königreich Sachsen ausgewiesen werden kann, obwohl man deutscher Reichsangehöriger ist, beweist folgender skandalöse Fall, den wir unserem Zwickauer Parteiblatt entnehmen. Es schreibt: „Eine Aufsehen erregende Ausweisung trug sich jetzt in Mählan und Neßtskau zu. Es handelt sich dabei um einen Färbereiarbeiter D., der viele Jahre in Mählan gewohnt hat und dem die Frau erkrankt war. Diese wurde im Krankenhaus aufgenommen, wodurch 64 Mark Kosten entstanden. Der Arbeiter konnte diese mit seinen 13 Mark Wochenlohn nicht bezahlen und der Ortsarmenverband bezahlte sie auch nicht, da der Arbeiter noch Ausländer war. Er ist nämlich Bayer, wohnt jedoch schon seit etwa acht Jahren in Mählan, hat aber noch nicht die sächsische Staatsangehörigkeit und somit noch nicht seinen Unterstützungswohnsitz hier erworben. Da auch die Heimathsgemeinde Helmbrechts die Kosten nicht bezahlte, verfügte die Kreishauptmannschaft Zwickau als Vertreterin des Landarmenverbandes die Ausweisung. Am 20. November wurde diese auch vollzogen. Da die Frau noch immer krank war, wurde sie von Mählan nach dem Bahnhofs Neßtskau gefahren und dort von einem Polizisten in das Eisenbahntoupee gehoben. In Hof wurde sie dem Krankenhaus übergeben, einige Tage später aber nach Helmbrechts gefahren, wo sie wieder dem Krankenhaus zugeführt wurde. Da der Arbeiter weder passende Wohnung noch Arbeit fand, kehrte er wieder nach Mählan zurück, logirte sich aber in Neßtskau ein. Er arbeitete aber kaum acht Tage, als ihn der Bürgermeister bestellte und ihm eröffnete, daß er innerhalb 48 Stunden Sachsen zu verlassen habe. Und so ist er dieser Tage wieder nach Helmbrechts zurückgefahren, wo seine Frau im Krankenhaus, seine drei Kinder bei guten Freunden und sein Hab und Gut in einer Scheune ist. Ein Bild aus dem Arbeiterleben! — Abscheu

und Ekel muß jeder Gesittete vor Gesetzen empfinden, welche dergleichen Jammer und Noth verursachen. Jede Sympathie mit dem deutschen Reiche muß nothwendig für denjenigen schwinden, der nur wegen seiner Armuth aus seiner Arbeit gerissen, dem äußersten Elend überantwortet und verbannt wird. Mit Leufel über Gesetze, welche es gestatten, daß der Mann einer kranken Frau in seinem Vaterlande — denn ganz Deutschland ist des Deutschen Vaterland — verstoßen wird, nur weil er eine Rechnung nicht bezahlen kann!

Es nützt ja doch nichts. Man theilt dem „Vorn.“ mit, daß die Aufforderung, welche der „Zentralverband deutscher Industrieller“ unlängst an seine Mitglieder richtete, zur Anschaffung einer Broschüre gegen die Sozialdemokratie Geld beizusteuern, ohne Resultat geblieben ist. Die angeknorrten Millionäre besitzen so viel Idealismus für ihre eigene Sache, daß sie nicht einmal einige lumpige Mark dafür opfern wollten; allerdings mit der Motivierung, daß es ja doch nichts nütze. Auf eine zweite Aufforderung der Vued und Genossen hin, doch die heilige Sache zu retten und für Thron, Altar und Kapitalismus einzutreten, haben sich einige Mitglieder veranlaßt gesehen, dem bettelnden Zentralverbande noch einige Almosen à fonds perdu hinzuzuerfassen. Die knauserige Haltung der Scharmacher-Verbände wird selbstverständlich die Arbeiterenschaft nicht hindern, ihrerseits den Kampf gegen das Kapitalistenthum, das seine Interessen ohnehin bei Regierung und Staatsreich-Parlament sicher genug aufrecht zu erhalten fühlt, mit aller Energie und dem oft bewährten Opfermuth weiterzuführen!

Ueber die „Arbeiterkündigung“ in Breslau wird dem „Vorn.“ noch mitgetheilt: Zahlreiche Metallarbeiter, Tischler usw. erschienen in ihrem Verbandsbureau und in der „Volkswehr“, um ihrer Entrüstung Ausdruck zu geben über den Druck, der auf sie ausgeübt wurde. In vielen Werkstätten wurden die Arbeiter gar nicht einzeln um ihre Zustimmung angegangen, sondern die betreffenden Meister machten einfach die geplanten Kündigungen bekannt. Wo man aber die Zustimmung zuließ, da folgten durchaus nicht alle Arbeiter dem Rufe. In einer Werkstätte stimmten 10 Arbeiter mit ja, 25 mit nein, in einer anderen 24 mit ja, 25 mit nein, dann wieder nur 1 mit ja. Wo weniger Zeit zur Ueberlegung gelassen war, stimmten allerdings weniger gegen die Kündigung, einmal nur 5 oder nur 1 Mann. Dann kamen wohl die Meister der anderen Werkstätten und suchten die Widersprechenden umzustimmen. „Drüben in der Stellmacherei haben alle unterschrieben“, hieß es dann, und Ihr wollt Euch weigern?“ Ein besonders gut meinender Meister sagte zu einem Genossen, der seine Zustimmung verweigerte: „Ja, ich kann Sie nicht zwingen, aber die Folgen haben Sie zu tragen!“ Dann wurde wieder versichert: 2000 Arbeiter müssen zusammenkommen, welche die Kündigung befürworten. In eine Werkstätte rief der Meister hinein: „Ihr braucht nicht erst schreiben, ich habe Euch selber alle schon eingeschrieben.“ Von denen aber, die unterschrieben hatten, kamen viele zu uns, um sich zu entschuldigen. Ein alter Mann, Familienvater, jagte dem Gewährungsmann unseres Zentralorgans zu: „Jetzt muß ich meinen Namen zu einer Kündigung hergeben, gegen meine Gesinnung, blutenden Herzens habe ich unterschrieben, obwohl ich immer zu unserer Sache gehalten habe, aber was soll ich machen.“ Ein anderer hat erst nach dreimaliger Aufforderung unterschrieben und seinem Meister gesagt: „Jetzt verlaufe ich an Euch meine Gesinnung.“ Am Dienstag Abend (v. W.) fand in einem Gasthaus vor dem Thore einer großen Maschinenbau-Anstalt eine Versammlung statt, in der etwa fünfshundert Spalierarbeiter anwesend waren. Die Anführungen der Redner, die sich über den ausgeübten Druck beschwerten, fanden brausenden Beifall, auch bei den anwesenden Hirsch-Dunderschen Arbeitern. Alle gaben die Erklärung ab: die kommenden Wahlen werden zeigen, daß wir das Tischbuch nicht zerhacken haben!

Soziales und Partelleben.

Kein Arztstreik. Die Differenzen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten in Frankfurt a. M. können, nach einer Mittheilung der „Volksstimme“, als beigelegt betrachtet werden. Die Krankenkassen haben den Forderungen der Ärzte trotz der schlechten Kassenverhältnisse entsprochen und der freien Arztwahl, die sich für die Kassen als finanziell unvorteilhaft erwiesen hat, eine Entzifferung gewährt.

Wer sich nicht fügt, fliegt! Die Eisenreher Kugner und Andre, die bereits 22 bez. 16 Jahre auf

dem Krupp gehörigen Grusonwerk in Magdeburg beschäftigt waren, wurden entlassen, weil sie sich geweigert haben, das Fuldigungstelegramm an den Kaiser zu unterschreiben. — Die Entlassung dieser beiden Arbeiter, die nicht gegen ihre bessere Ueberzeugung handeln wollten, beweist am besten, was man von den Fuldigungstelegrammen der Arbeiter an den Kaiser zu halten hat: sie sind entstanden unter der Drohung mit der Hungerpeitsche.

Vom Polizeikampf in Oberschlesien. Die Polizeibehörde in Beuthen verhindert die Benutzung des Gewerkschaftslokals mit der Begründung, daß bisher nicht der Nachweis erbracht sei, daß die gepachtete Räumlichkeit den gesetzlichen Bestimmungen entspreche, die für Lokale bestehen, in denen öffentliche Versammlungen abgehalten werden sollten. So lange dieser Nachweis nicht erbracht ist, wollen deshalb die organisirten Arbeiter das Gewerkschaftslokal nur zu solchen Zwecken benutzen, bei denen die Polizei nichts dreinzusetzen hat. So sollen Zahlabende und Zeitungsausgabe für die Gewerkschaftsmitglieder im Gewerkschaftslokal abgehalten werden, Versammlungen der Saalbauvereine, eines zu gründenden Konsumvereins und dergleichen. Aber auch diese Absichten hat die Polizei Sonnabend, den 7. Dezember, ohne Angabe von Gründen vereitelt; vier Vertreter der dortigen Germaniaband bewachten den Eingang des Lokals und ließen, da von den Pächtern keiner anwesend war, keinen der erschienenen Besucher das Lokal betreten. Sie inhibirten also auch jede private Benutzung des Lokals, als welche die für eine Konsumvereinsgründung und Versammlung angesehen werden muß. — Es werden sich Mittel und Wege finden, diese private Benutzung unseres Lokals zu erzwingen. Das ist 1897 und 1898 in Beuthen D. S., Zaborze und Bieschowitz gelungen, es wird und muß auch jetzt in Beuthen gelingen.

Die Lokomotivführer Oesterreichs hielten am 6. Dezember einen Kongreß in Wien ab, der von hundert Delegirten aus allen Theilen des Reiches besucht war. Der Kongreß nahm eine Resolution an, worin die Lokomotivführer ein Anfangsgehalt von 1200 Kronen fordern, welches im Laufe von 20 Jahren auf 2400 Kronen steigen soll. Kilometergeld und Prämien sollen abgeschafft und durch feste Bezüge ersetzt werden. Weiter wird die achtkündige Arbeitszeit gefordert, Errichtung einer Bahninspektion, Verbesserung bei Invalidität sowie Verstaatlichung der Eisenbahnen. — Nach einem Referat über Organisation wurde mit 48 gegen 43 Stimmen der Anschluß der Lokomotivführer an die bereits bestehende gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner endgiltig beschlossen.

Aus Nah und Fern.

Ein gefährlicher Brand fand Mittwoch in der Berliner Gasanstalt, Müllerstraße, statt. Zu dieser Gasanstalt gehören zwei etwa 60 Meter lange und 25 Meter breite dreistöckige Gebäude, in deren Erdgeschossen das Gas gereinigt wird, während die oberen Etagen als Lagerraum für die aus Sägespähen und Eisenerz bestehende Reinigungsmasse dienen. Durch Selbstentzündung war nun Mittwoch früh 6 1/2 Uhr diese Masse in Brand gerathen. Die Situation war eine gefährliche. Wenn auch der große runde Gasometerbau nicht direkt gefährdet war, so waren doch die unter dem Brandherde liegenden Gasreinigungssoparate und Zuführungsröhren voll mit Gas angefüllt, so daß eine Explosion befürchtet wurde. Um sich hiergegen zu schützen, wurde das ganze, noch nicht gereinigte Gas freigelassen, so daß auf diese Weise angeblich einige Hunderttausend Kubikmeter Gas der Luft zugeführt wurden. Immer weiter griff der Brand um sich, bis er das Gebäude von einem Ende zum anderen erfaßt hatte. Er sprang sogar auf das zweite Reinigungsgebäude über, konnte aber hier schnell erdrückt werden. Die im Innern des brennenden Gebäudes arbeitenden Röhrenarbeiter hatten schwer unter Rauch und Hitze zu leiden und mußten schließlich zurückgezogen werden, da die durch das Feuer wurde gewordenen Mauern einzustürzen drohten. Ein Theil der Steinwand stürzte auch unter Krachen ein, ohne jedoch Jemanden zu verletzen. Schließlich gelang es nach vielen Anstrengungen, den Brand zu bewältigen. Da das Gasreinigungsgebäude bis auf das Erdgeschloß total zerstört ist, muß vorläufig der Betrieb dieser Gasanstalt eingestellt werden.

Auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayerischen — sind im Monat Oktober d. J. 13 Entgleisungen auf freier Bahn (davon 5 bei Personenzüge), 24 Entgleisungen in Stationen (davon 7 bei Personenzüge), 3 Zusammenstoße auf freier Bahn (nur bei Güterzügen), 31 Zusammenstoße in Stationen (davon 8 bei

Reise für einen Streich gemacht hatte. Das Telegramm kam gerade an, als die Familie sich zu Tisch gesetzt hatte. Don Anselmo erbleichte bei der Nachricht und reichte es, ohne ein Wort zu sagen, seiner Schwägerin, die den Koffel in der Ecke fallen ließ. Die anderen stiegen erschrocken die Treppen auf den Tisch vor dem Feuer, welches der Angewandte vom Garten ganz mit seinem grünen Zweigen bedeckte.

Niemand regte sich, die Mädchen saßen einander an, als wären sie selbst auf früher That erwischt worden. Endlich ging Donna Barbara nach des Schwagers Teller, um ihn zu fassen; dieser aber sagte, indem er ruhig mit der beringten Hand abschrakte:

„Nein, ich habe keinen Appetit mehr.“
Er wachte sich den Mund ab, als ob er die Bitterkeit abschmecken wollte, füllte die Serviette zusammen, legte sie auf den Tisch und ging in sein Zimmer hin. In dem Papierkorb zu Fuß, das auf seinem Schreibtisch lag, die Schwägerin blieb mit ihren Töchtern zurück und begrub kaum den Kopf in die Hände.

Die Mädchen bedachten in aller Stille ab und zogen sich in ihrer Kammer zurück. Der Vater Kanonikus ging den ganzen Nachmittag nicht aus. Gegen Abend klopfte die Schwägerin plötzlich an seine Thür.

„Ich bringe keine Papiere in Ordnung“, sagte der Kanonikus, dessen den Augen der beschämte Mutter saß. „Ich werde ein wenig Zeit brauchen, weil ich nicht abstehe, daß ich ihn so bald wieder beschuldigen ablegen muß.“

Die Kanonikerin hat verachtet auf einen Tisch, der an der Thür stand, die Arme setzten ihr auf die Knie herab, und sie setzte mechanisch mit den verwundeten Augen jeder

Bewegung des Oheims, der ruhig schien. Endlich stotterte sie, mehr und mehr von dieser Ruhe erschreckt:

„Wir sind ruiniert?“
„Ihr nicht. Was Euch betrifft, so werde ich für Euch sorgen, so lange ich lebe, wenn Ihr bei mir bleiben wollt,“ antwortete der Kanonikus.

Aber sie weinte still weiter und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen; dann stotterte sie:

„Und er?“
„Sieh her,“ fuhr der Schwager fort. „Er hat eine Kate von siebentausend Lire vom väterlichen Erbe. Wenn er sich mit den Weinbergen von Rosmarina begnügen will — sie sind zwar etwas mehr werth — und mit seinem Antheil am väterlichen Haus, so machen wir die Sache unter uns ab, und ersparen die Sporellen, es ist besser für alle.“

Siebentausend Lire! Das ist wenig zum Leben!“
Der Priester zuckte die Achseln, das war die einzige ungeduldige Bewegung, die ihm entsprach.

Etwas wird ihm auch die Frau zur Mitgift bringen. Er hat einen ausgezeichneten Beruf und Du mußt bedenken, daß Deine übrigen Kinder nicht einmal das haben, und sie haben Dich nicht so viel gekostet. Er hat was alle ruiniert.“

Die Mutter hatte allen diesen Gründen gegenüber nur Thänen zur Antwort. Auf einmal herabigte sie sich, als hätte sie der heilige Geist inspirirt, und während sie noch von unterdrücktem Schluchzen zitterte und ihr Gesicht in Thänen gebadet war, sagte sie:

„Ich gebe selbst in die Stadt zu meinem Sohn. Ich will ihm in's Gewissen reden. Er hat seine Mutter immer lieb gehabt.“

Der Schwager sah sie an, wie wenn auch er von dieser

Eingebung betroffen wäre, dann las er das Telegramm noch einmal und schüttelte den Kopf, als wolle er sagen, daß doch alles vergeblich sei.

„Thu was Du willst,“ sagte er und reichte ihr das Telegramm.

Die arme Mutter trat den folgenden Tag in aller Frühe die Reise an. Rosalia machte ihr in Eile ein Bündel zusammen und war so bestürzt, als sollte es in dem alten rumpeligen Postwagen bis nach Amerika gehen. Der Schwager begleitete sie bis auf den Perron der Eisenbahn.

„Wenn er in sich geht, wenn er hierherkommen will, so sage ihm, daß das Haus immer offen ist für ihn, — aber wohlverstanden nur für ihn allein.“

Der junge Mann, der sich nicht gekraute, Gennas Eltern unter die Augen zu kommen, war in's Wirthshaus gezogen. Seine Kameraden hatten ihm zusammen hundert Lire geborgt und ein ernstes Gesicht dazu gemacht, als sei ihm ein Unglück zugefallen, und der älteste unter ihnen, ein Mediziner, meinte bei dem ersten Späß, den die jungen Leute über seine Lage riefen, es wäre besser für ihn, wenn er sich ein Bein gebrochen hätte. Aber Cesare hatte leider gesunde Beine und irrte wie ein Verbrecher den ganzen Tag umher, bis er sich mit stieren Augen und verstörtem Gesicht todmüde auf das Bett warf.

Als er in einem solchen Zustand nach Hause zurückkehrte, fand er seine Mutter an der Thür sitzen, auch sie war bleich und müde, ihr Bündel lag vor ihr auf dem Tisch. Er schloß einen Stuhl im Herzen und blieb unbeweglich und gedrückt vor ihr stehen, die Arme hingen ihm schlaff herab und er blickte starr vor sich nieder.

(Fortsetzung folgt.)

Personen) vorgekommen. Dabei wurden 1 Bahnbeamter getödtet, 1 Reisender, 19 Bahnbeamte, 3 Postbeamte und 1 fremde Person verletzt.

Wegen Kuppelerei wurde am 9. Juli vom Landgericht **St. a. z.** der Bauerngutsbesitzer Bruno Kiebel in Schönwalde zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er den Verkehr seiner Magd mit seinem Knecht geduldet hatte. Die Weiben hatten bereits längere Zeit ein Liebesverhältnis und heiratheten sich im Mat dieses Jahres. Der Angeklagte gab an, es sei in der dortigen Gegend sehr gebräuchlich, daß die Herren den Mägden, die heirathen wollten, den freien Verkehr mit dem Verlobten gestatteten. Das Gericht wies diesen Einwand mit dem Bemerkten zurück, daß dies nur vereinzelt, aber nicht allgemein der Fall sei. Auch der Einwand des Angeklagten, er habe den Verkehr wegen der beabsichtigten Heirath nicht für unzüchtig gehalten, fand keine Beachtung. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalte befürwortet. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht nachgewiesen sei, daß der Angeklagte die Magd jeden Tag auf die Straße habe setzen können.

Ueber eine Meuterei an Bord eines deutschen Schiffes wird dem „Hamburger Korresp.“ aus Konstantinopel unterm 4. Dezember geschrieben: Der heute aus dem östlichen Theile des Schwarzen Meeres hier eingelaufene Dampfer „Veros“, Kapitän Kubel, der „Deutschen Levante-Linie“, war der Schauplatz sehr aufregender Vorgänge. Als das Schiff Heraklea anließ, um Kohlen einzunehmen, besetzten sich etwa 300 Deckpassagiere, unter denen sich viele Tscherken befanden, heftig über diesen Aufenthalt, der Dampfer gehe zu langsam, ihre Vorräthe seien zu Ende etc. Vergebens suchte der Kapitän die mit Revolvern und Messern bewaffnet in die Kajüte eindringenden Leute zu beruhigen. Dies gelang erst, nachdem Brod vertheilt worden und vom Lande zwei bewaffnete Soldaten an Bord gekommen waren, welche das Schiff bis Konstantinopel begleiteten. Als jedoch der Dampfer, seiner Bestimmung nach, in Bongulbay zur

Uebernahme von 120 Tonnen Kuchholz anhielt, brach die Revolte abermals und heftiger aus, so daß der Kapitän seine gesammte Mannschaft, so gut wie möglich bewaffnet, auf die Decke beordern mußte. Hilfsignale wurden abgebrannt, vom Lande kam indessen die Nachricht, daß polizeiliche Hilfe nicht gewährt werden könne, und so sah sich das Schiff genöthigt, die Ergänzung der Ladung aufzugeben und schleunigst nach Konstantinopel weiter zu dampfen. Beim Einlaufen in den Bosphorus wurde die türkische Behörde informiert und bevor der Dampfer in den Hafen einließ, erschienen zahlreiche bewaffnete türkische Polizisten an Bord, welche die Aufrehrer entwaffneten und etwa 40 der Hauptkrawaller in Haft nahmen. Sie sehen ihrer Bestrafung entgegen. Nur der energischen, muthigen Haltung des tüchtigen Kapitäns und seiner braven Mannschaft ist es zuzuschreiben, daß Blutvergießen und schwere Gefährdung von Schiff und Ladung vermieden wurden.

Neugebildeter Flußlauf. Aus Chicago wird gemeldet: Ein riesiger Eisbamm, der sich mehrere Meilen oberhalb der Stadt Nebraska über Nacht bildete, hat plötzlich den Missouri Fluß aus seinem alten Bett hinausgedrängt und in ein anderes 5 Kilometer entfernt liegendes Flußbett geworfen. Eine Anzahl Dampfer und zahlreiche Frachtkähne liegen gestrandet im alten Bett. Die Stadt Nebraska mit ihren Hafenanlagen und Waarenhäusern ist plötzlich zu einer Landstadt geworden und vollständig von der Schifffahrt abgeschnitten.

Lübecker Stadttheater.

Amelia oder Ein Mäckenball. Oper in 5 Akten von Verdi. Ein Königsmord, begangen durch Stützen von Thron und Altar auf einem Mäckenball, das ist die historische Thatsache, die der Oper zu Grunde liegt. Es handelt sich um eine Adels-Verschwörung gegen den König Gustav III. von Schweden, deren Haupt der Graf Andarström war. Wenn nun die geschichtliche Handlung nicht ganz von dem Textverfasser benutzt wurde, und auch die Namen der einzelnen Personen geändert und das Ver-

brechen in ein anderes Gebiet verlegt sind, so hat das seinen Grund darin, daß in manchem monarchischen Lande an der Sache von gewissen Leuten Anstoß genommen werden kann. Die Musik Verdis hat alle Vorzüge des großen Meisters, aber auch seine Schwächen aufzuweisen. Der Reichthum an Melodie ist gewiß nicht abzustreiten, ebensowenig aber auch der Mangel an musikalischer Charakterisirung. Die Aufführung am Mittwoch zeigte wieder einmal unsere Künstler von ihrer allerbesten Seite. Herr Malten, den Krankheit längere Zeit von der Bühne fern hielt, gab den Grafen Richard recte Gustav III. neben einer durchdachten, namentlich im letzten Akt ergreifenden Darstellung, war eine so ziemlich tabellose Ausführung des gefanglichen Theiles seiner Aufgabe zu verzeichnen. Für diese Partie bringt der Künstler neben seinem weichen Organ auch Empfindung und Ausdruck mit, so daß man ihm gegenüber unbedingt zur Aufmerksamkeit gezwungen wird. Den Henee, den einstmaligen Freund und nachmaligen Mörder Richards, sang und spielte wirksam Herr Frank. Ihm gelangen die dramatischen Momente ebenso gut wie die lyrischen. Als Amelia ließ Hr. Kurt erkennen, daß wir eine Kraft an ihr besitzen, die vielleicht später einmal Hervorragendes leisten wird. Schon jetzt verstand sie, ihre Rolle dramatisch zu beleben, und mit ihrer sympathischen Stimme drang sie den Zuhörern zu Herzen. Den Pagen Oscar sang Fräul. Salla ganz vortreflich. Als eine Sängerin von bedeutenden stimmlichen Mitteln zeigte sich Hr. Barthele, die zum ersten Mal in einer größeren Partie, nämlich als Wahrsagerin Ulrika, auftrat. Wohl war überall noch Unsicherheit und Anfängerthum zu bemerken, aber unverkennbar war auch, daß die Dame eine prächtige, wohlklingende Altstimme von bedeutender Tiefe besitzt. Hoffentlich hören wir die junge Dame noch häufiger. Die kleineren Rollen waren durchaus angemessen besetzt; auch die Chöre gingen sicher. Daß eine so abgerundete Vorststellung zu Stande kam, ist gewiß nicht in letzter Linie der sorgfältigen Einstudirung durch Herrn Kapellmeister Trummer zu verdanken, der auch mit fester Hand die Fäden des Ganzen führte. Von dem reichen Beifall, der vielfach sogar bei offener Scene gesendet wurde, gebührt ihm ein gut Theil. Das Haus war ziemlich gut besetzt.

Käse- und Fettwaaren-Kaufhaus

Hans Wegener
obere Wahnstraße 10.
Gr. Parthie echten Holländischen
Pfund 60 Pfg.
Pa. Tilsiter Rahmkäse in Staniol
Pfund 60 Pfg.
Alten Tilsiter Fettkäse Pfd. 30,
40 und 50 Pfg.
Vollk. Marsch- und Büttenkäse.
Echten Limburger, alte Waare.
Frische Eier, 8 Stück 60 Pfg.
Prima geräucherte Karbonade,
Borderschinken, Landleberwurst,
Schweinsköpfe, Kohlwurst.
Prima grobe u. feine Mettwurst.

Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
Rindfleisch „ 50 „
Kalbfleisch „ 40 „
Flohen „ 70 „
Karbonade „ 75 „
W. Strohsfeldt,
Glockengießerstraße 73
Marktallenstand Nr. 13 und 14.
— Fernsprecher 1169 —

Oscar Keil
Schwartzauer Allee 65
Fernsprecher 1447
empfecht
Kohlwurst, Kopffleisch
Brotwurst, dicke Flohen
sowie sämtliche
Fleischwaaren.

Wichtig!

Bedeutend vergrößert
ist meine
Spielwaren-
Abtheilung.

Heinrich Rosenberg
Mühlenstraße 10, Part. u. 1. Et.
Haus- u. Küchengeräthe.
Emaillé, Glas, Porzellan u. Steingut.
Lampen jeder Art.
Praktische Geschenk-Artikel
in grösster Auswahl
— zu billigsten Preisen. —

Altes Bettzeug sowie feine Tischdecken
billig zu verkaufen Krähenstr. 9, part.

J. Mussfeldt, Schuhmacher,
— Arnimstraße 26 —
empfecht sich
zu allen in seinem Fache vorkommenden
Arbeiten.
Bestellung nach Maß elegant u. dauerhaft.
Reparaturen prompt und gut.
— Solide Preise. —
Gleichzeitig empfehle ich mein gut sortirtes
Schuhwaaren-Lager.
Mache besonders aufmerksam auf meine extra
starken Knaben- und Mädchenschulstiefel,
sowie starke rindlederene Arbeitstiefel usw.
— Nur feste dauerhafte Arbeit. —
Billige Preise.
Spezialität: Eigenes Fabrikat.
Schwedisches Brennholz
empfecht billigt
Th. Kruse,
Fernsprecher 1289. Untertrabe 60.
Unterstützungskasse des Klub Fidelity
bei Sterbefällen für Männer und Frauen.
Die laut Beschluß der Generalversammlung
vom 4. Nov. d. J. anzuzahlenden Gelder sind
am Sonntag den 14. Dezember von 9-1 Uhr
vormittags, an den Werktagen, den 16., 17., 18.,
19. und 20. Dezember, von 7-9 Uhr Abends
beim Kassener F. Callies, Glockengießer-
straße 48, 1., gegen persönliche Quittung in Em-
pfang zu nehmen.
Der Vorstand.

H. Schreiber, Zahn-
Techniker
Wahnstrasse 8, 1. Etage,
— Früher: Holstenstrasse 32. —
Deutscher
Metallarbeiterverband
(Zahlstelle Lübeck)
Mitglieder-
Versammlung
am Sonnabend den 13. Dezember
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 59, 59
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Vorstandsbericht.
3. Verschiedenes.
Die wichtige Tagesordnung erfordert einen
zahlreichen Besuch.
Die Ortsverwaltung.
H. Blücher's Restaurant
123 Fürstraße 123.
Sontags-Sonnabend und folgende Tage.
Anfich von ff. Rabeburger Bockbier
Bierwürste und Goulasch.

Rabeburger Bock.

Ausstoss

unseres vorzüglichen
Bockbieres
aus reinem Hopfen und Malz
am Sonnabend den 6. Dezember 1902.

Ratzeburger Actien-Brauerei
Niederlage: **Fischstrasse 7.**

